

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Böhmen, Czechen- und Mählarländer, Oesterreich, Ungarn, Rumänien 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 24. April 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontos: Berlin 57 338 - Bankkontos: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Dietrichs-Gesellschaft, Postfach 1000, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierzahlungsart 80 Pfennig, Restzahlung 5.- Reichsmark. „Kleinanzeigen“ des festgedruckten Wortes 25 Pfennig (außer für zwei Zeilen 12 Pfennig), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Gemillenzettel für Abonnenten Seite 40 Pfennig.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Schlußzeit von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Dem Volksentscheid entgegen!

Das Enteignungsgesetz von der Regierung dem Reichsrat überwiesen. — Das franke Fürstentumskompromiß.

Der Reichsjustizminister Marx teilte gestern im Rechtsausschuß des Reichstags mit, daß die Reichsregierung den Entwurf des Volksbegehrensgesetzes verabschiedet und an den Reichsrat weitergeleitet habe.

Der Reichstag wird demnach in kurzer Zeit zu dem Volksbegehrensgesetz Stellung nehmen müssen.

Gestern nachmittag fand im Reichstag eine Besprechung der Regierungsparteien über das Fürstentumskompromiß statt, zu der auch Vertreter unserer Fraktion eingeladen waren. An den Verhandlungen nahm für das Zentrum der Abgeordnete Wunderlich, für die Demokraten der Abgeordnete v. Richthofen und für die sozialdemokratische Fraktion die Genossen Hoffmann-Kaiserslautern, Landsberg und Rosenfeld. Außerdem waren der Reichsjustizminister Marx, sowie der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun und der preussische Finanzminister Höppler-Wischhoff erschienen.

Es ergab sich, daß die Regierungsparteien den Versuch zu machen wünschten, für die weiteren Beratungen des Rechtsausschusses den Weg frei zu machen und zu verhindern, daß auch bei den weiteren Beratungen abermals Bestimmungen des Kompromisses abgelehnt würden. Bei den Verhandlungen in der Reichstanzlei hatte auch das Kompromiß auf Wunsch der preussischen Regierung einige Änderungen im Sinne der sozialdemokratischen Wünsche erfahren. Insbesondere sollen rechtskräftige Urteile aus der Zeit nach der Revolution von dem Reichssondergericht schon mit einfacher Mehrheit (der Entwurf sah Zweidrittelmehrheit vor) aufgehoben werden können. Ferner sollen die Länder das Recht haben, Güter, die feinerzeit dem Staat von der Krone abgetauft wurden, zurückzuerwerben, wie z. B. Rominten, Lehlingen und Glindenberg. Ebenso würden Dels und Flatow-Krojante an Preußen zurückfallen.

Die preussische Regierung hat daher Grund, die neuen Vorschläge als eine Verbesserung sowohl gegenüber dem letzten Kompromißvorschlag als auch gegenüber dem Vergleich zu betrachten. Nach dem Vergleich sollten an die Hohenzollern

einschließlich der Nebenlinien 514 000 Morgen fallen, an den preussischen Staat aber nur 110 000 Morgen. Nach den jetzigen Vorschlägen dagegen würde die Krone nur 280 000 Morgen, der Staat aber 344 000 Morgen erhalten. Außerdem würde sich die im Vergleich vorgesehene Barzahlung von 30 Millionen auf 12 Millionen verringern.

Für die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion war maßgebend, daß sie das Kompromiß nicht lediglich unter preussischen Gesichtspunkten beurteilen durften, daß sie vielmehr auch die Verhältnisse in den anderen deutschen Ländern zu berücksichtigen hatten. Sie vertraten daher die bekannten Forderungen auf Abänderung der Zusammenfassung des Reichssondergerichts, auf volle Rückwirkung des neuen Gesetzes und auf Beseitigung des Rechtes der Fürsten, das Gericht anzurufen. In keinem dieser Punkte konnten die Regierungsparteien befriedigende Erklärungen abgeben. Infolgedessen konnte auch eine Einigung über das Kompromiß nicht erfolgen.

Die Beratungen des Rechtsausschusses sollen heute fortgesetzt werden, und es wird sich dann herausstellen, ob und inwieweit sich eine Mehrheit für die weiteren Bestimmungen des Kompromisses finden wird. Die Sozialdemokraten werden auch weiter ihre wohlbegründeten Verbesserungsanträge stellen und vertreten. Wenn die bürgerlichen Parteien sich weiter diesen berechtigten Forderungen gegenüber ablehnend verhalten, werden die Beratungen ergebnislos bleiben.

Später hatten die Vertreter der Regierungsparteien eine Besprechung mit dem deutschnationalen Abgeordneten Grafen v. Merfeldt. Sowohl die Deutschnationalen als auch die Demokraten wollen neue Abänderungsanträge zu dem Kompromißentwurf einbringen. So ist einseitig nichts gewiß als das eine, daß der Volksentscheid seinen Lauf nimmt!

Die Sitzung des Rechtsausschusses, die diesen Besprechungen vorausgegangen war, hatte um 9 Uhr nachmittags begonnen. Sie wurde jedoch alsbald, um Gelegenheit zu Verhandlungen zwischen den Parteien zu schaffen, wieder abgebrochen und auf heute 10 Uhr vormittags vertagt.

gefehten neuer Komitee statt. Die Bergarbeiter haben auch am Freitag, wie schon an den vorangegangenen Tagen, ständig die Verbindung mit dem industriellen Komitee des Generalrats der Gewerkschaften aufrecht erhalten. Um die Geschlossenheit der gesamten britischen Arbeiterbewegung zu sichern, hat das Komitee des Generalrats am Donnerstag die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei aufgefordert, zwei Vertreter zu senden, die in Zukunft an sämtlichen Verhandlungen teilnehmen sollen, die zwischen dem Generalrat und der Bergarbeiterdelegation stattfinden werden. Die Fraktion hat die Frazionsvorsitzenden Macdonald und Henderson delegiert. Der Generalrat der Gewerkschaften hat am Freitag nachmittag den Beschluß gefaßt, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen, an dem sämtliche dem Generalrat angeschlossenen Gewerkschaften teilnehmen sollen. Dieser Kongress soll am 29. April zusammentreten.

Der „Star“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung einen Plan vorbereitet, wonach dem Kohlenbergbau eine Anleihe zu niedrigem Zinssatz gewährt werden soll, jedoch unter der Bedingung, daß die Grubenbesitzer den Betrieb der Gruben reorganisieren und die mit Verlust arbeitenden Gruben schließen.

Hoesch und Gaus

Deutschlands Vertreter in der Genfer Studienkommission.

Genf, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Reichsregierung teilte dem Völkerbundsekretariat mit, daß sie sich in der Studienkommission für die Reorganisation des Völkerbundes durch den deutschen Botschafter von Hoesch in Paris vertreten lasse. Man nimmt hier an, daß Herr von Hoesch, wie die Delegierten Frankreichs und Englands, auch vom Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, Ministerialrat Gaus, begleitet sein wird. Eine Meldung, daß der Schweizer Bundesrat Motta als Präsident der Studienkommission ausersuchen sei, ist auf jeden Fall noch reichlich verfrüht.

Danach scheint man in Berlin nicht mit einer längeren Tagung der eingesetzten Kommission zu rechnen. Denn es ist kaum denkbar, daß Botschafter von Hoesch (gegen dessen Wahl übrigens nichts einzuwenden wäre) wochenlang seinem wichtigen Pariser Posten fernbleibt.

Die Arbeitsgerichte.

Grundrissliches zum Arbeitsgerichtsgesetzentwurf.

Von Richard Seidel.

Der Entwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz ist dem Reichstage zugegangen, und der „Vorwärts“ hat zu den wichtigsten Einzelfragen des Problems bereits Stellung genommen. Die Diskussion ist also eröffnet — oder richtiger: sie ist in ein neues und entscheidendes Stadium getreten, denn schon gleich nach der ersten Veröffentlichung des Entwurfs hat eine lebhafteste Erörterung über das durch diese Veröffentlichung angeschnittene Thema begonnen.

Trotz des nahezu erschöpfenden Umfangs dieser Aussprache ist ein Gesichtspunkt, der mir für das Gesamtproblem der Neugestaltung der sozialen Gerichtsbarkeit wie für alle Einzelfragen, die sich aus der Fassung des Entwurfs ergeben, außerordentlich wichtig erscheint, zu kurz gekommen.

Die gesamte Kritik an dem Entwurf und zahlreiche Betrachtungen über das Gesamtproblem knüpfen an bei der Vergangenheit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Diese Kritiken und Betrachtungen gehen zurück bis auf die Entstehung der alten sozialen Sondergerichte und prüfen die in dem neuen Entwurf in Aussicht genommenen einzelnen Regelungen der Materie an den Motiven, die damals, in fast grauer Vorzeit, zu ähnlichen oder anders gearteten Regelungen geführt haben.

So verständlich und vernünftig nun eine Ausnutzung der mit den alten sozialen Sondergerichten gemachten Erfahrungen für die Gestaltung der neuen auch sein mag, so gefährlich ist diese Heranziehung historischer Erinnerungen, wenn dabei nicht gleichzeitig des Unterschiedes in der rechtspolitischen Situation von damals und heute gedacht wird. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte entstammen und verdanken ihre Erfahrungen einer Zeit, in der das individualistische, organisationsfeindliche Prinzip im — geschriebenen — Arbeitsrecht grundsätzlich vorherrschte und auch für die Tendenz der Rechtsprechung vielfach maßgebend war. Bei der Errichtung der Gewerbegerichte sprach unverkennbar die Absicht mit, den Arbeitern eine bequeme Möglichkeit, ihr „Recht zu suchen“, zu geben, um sie dadurch von der Inanspruchnahme der Macht ihrer Organisationen teilweise abzulenkten. Es ist nicht die Schuld der im Staate herrschenden Mächte, die nach solchen Motiven handelten, wenn es anders gekommen ist, es ist nicht ihnen zu danken, wenn gerade bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sich die Tendenz zum kollektiven Arbeitsrecht, das heißt, die Tendenz zur Anerkennung der Kollektivvereinbarungen über das Arbeitsverhältnis, der Tarifverträge, in der Praxis durchsetzte.

Inzwischen ist nun darin die entscheidende Wendung eingetreten. Das neue Arbeitsgerichtsgesetz ist von vornherein nur als ein Bestandteil des neuen Arbeitsrechts und als eine Befestigung der ihm eigenen kollektivistischen Tendenz zu denken, und die neuen Arbeitsgerichte sind nur als Pflegsstätten des neuen Geistes des Arbeitsrechts möglich. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte wird nur dann der gestellten Aufgabe gerecht werden, wenn sie sich im Geiste der Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Vereinbarungen betätigt. Praktisch wird die Mehrzahl der Streitfälle, in denen die Arbeitsgerichte zu entscheiden haben werden, nicht nur dem Einzelkonflikt aus bestehenden Tarifverträgen, sondern, was zu den wichtigsten praktischen Neuerungen des Entwurfs bezüglich der Zuständigkeit der Sondergerichte gehört, auch häufig dem prinzipiellen Konflikt zwischen den Kollektivparteien des Arbeitsvertrages, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, entspringen.

Hierzu wird sich als zweite große Gruppe die Zahl der Streitfälle gesellen, die sich aus der Tätigkeit der Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz ergeben. Tarifvertragswesen und Betriebsratsaktivität sind aber die tragenden Pfeiler des modernen kollektiven Arbeitsrechts. Ihr Wesen bestimmt Charakter und Inhalt des geschriebenen Rechts, ihre Ansprüche werden vor den Arbeitsgerichten vertreten werden. Und die Veränderung in den geistigen Grundlagen des Arbeitsrechts hat erst das starke Verlangen nach einer grundsätzlichen Umgestaltung der sozialen Gerichtsbarkeit herbeigeführt.

So ergibt sich, daß die das Wesen der neuen Arbeitsgerichte bestimmende Tendenz den Motiven, die bei der Einrichtung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in hohem Maße mitbestimmend waren, völlig entgegengesetzt ist. Darum erscheint es geboten, bei der Beurteilung des Entwurfs dieser für das Arbeitsrecht so entscheidend veränderten rechtspolitischen Situation vor allem zu gedenken, statt historische Erinnerungen wachzurufen, um mit ihnen Forderungen und Ansprüche bezüglich der Neugestaltung der sozialen Gerichtsbarkeit zu begründen. In der öffentlichen Kritik an dem Entwurf hat jedoch diese Veränderung des Wesens des Arbeitsrechts nur in sehr geringem Maße Beachtung gefunden. Daraus dürfte es sich erklären, daß sich diese Kritik sehr in Einzelheiten verliert, ohne ein anschauliches Gesamtbild der Forderungen der verschiedenen Interessenten-

Verhandlungen im englischen Bergbau.

Außerordentlicher Gewerkschaftskongress.

London, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident, dessen Tätigkeit sich bisher auf die Einziehung von Inflationen beschränkt hat, ist am Freitag aus seiner passiven Haltung herausgetreten und hat die von den beiden Parteien gewünschte Vermittlerrolle aufgenommen. Er hatte am Donnerstag eine Besprechung mit dem vollständigen Komitee der Bergarbeiter und der Unternehmer. Nachdem Baldwin eine Versicherung seiner absoluten Unparteilichkeit abgegeben hatte, stellte zunächst der Vertreter der Unternehmer, Williams, die Auffassung der Unternehmer dar. Er betonte, daß ein für das ganze Land geltendes Minimum der Lohnprozente angesichts der Verschiedenartigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Distrikten absolut unmöglich sei. Es ist bemerkenswert, daß der Unternehmervertreter bei dieser Gelegenheit zugab, daß die Löhne in einzelnen Distrikten bereits sehr minimal seien. Er schloß mit der Feststellung, daß eine wirkliche Rettung des britischen Kohlenbergbaus nur in einer längeren Arbeitszeit zu suchen wäre.

Als nächster Redner führte der Präsident des Bergarbeiterverbandes, Herbert Smith, aus, daß die Vorschläge der Unternehmer noch ungünstiger seien als diejenigen, die im Juli 1925 den Gewerkschaften unterbreitet worden seien. Die Bergarbeiter würden einer distinktiven Regelung der Lohnprozente niemals zustimmen, ebenso nicht einer Verlängerung der Arbeitszeit. Die Bergarbeiter wären jedoch bereit, auf nationaler Basis in Verhandlungen über die zukünftige Lohnregelung einzutreten. Die Bergarbeiter wären für den Frieden, aber keineswegs für einen Frieden um jeden Preis. Da nach der Auffassung Baldwin der bisherige Apparat, der aus dem gesamten Ausschuß des Unternehmerverbandes und der gesamten Exekutive des Bergarbeiterverbandes bestand, für die schnelle Entscheidung und die zukünftigen Verhandlungen sich als zu umfangreich erweisen würde, schlug der Ministerpräsident vor, daß in Zukunft für die Verhandlungen mit der Regierung sowohl Unternehmer als Arbeiter je neun Personen bestimmen sollen, denen die Vollmachten übertragen werden sollen, im Namen der beiden Parteien zu verhandeln. Am Nachmittag fand bereits die erste Zusammenkunft des Ministerpräsidenten mit diesem aus neun Arbeiter- und neun Unternehmervertretern zusammen-

freie an die neuen Arbeitsgerichte deutlich herausgearbeiten, und darauf beruht wohl auch manches — Mißverständnis, das in der öffentlichen Aussprache, namentlich zwischen den Gewerkschaften und anderen interessierten Gruppen, so z. B. den Rechtsanwälten, vorgekommen ist. Die Begründung zu der Reichstagsvorlage deutet die Wandlung in den grundsätzlichen Anschauungen, die hier gekennzeichnet wurde, zwar an, unterläßt es aber gleichfalls, sie ihrer Bedeutung gemäß in den Vordergrund zu stellen.

Nun hat Flatom es in einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 15 vom 15. April 1926) unternommen, die Frage der Zulassung oder Ausschließung der Rechtsanwälte zu den Arbeitsgerichten erster Instanz vom Standpunkte der Gewerkschaften aus zu untersuchen. Der Entwurf schiebt die Rechtsanwälte aus, während er Angestellte der wirtschaftlichen Organisationen als Prozeßvertreter zuläßt, und die Gewerkschaften teilen diesen Standpunkt des Entwurfs, Flatom aber hält die Zulassung der Anwälte auch im Interesse der Gewerkschaften für geboten.

Zu der von gewerkschaftlicher Seite aufgeworfenen Frage, ob der Charakter des arbeitsrechtlichen Prozesses es zulasse, daß der gleiche Rechtsanwalt heute einen Arbeitnehmer, morgen einen Arbeitgeber — womöglich in der gleichen Frage — vertritt, bemerkt Flatom, das sei gleichgültig, denn es würde sich bald eine Scheidung vollziehen zwischen den Anwälten, die Arbeitgeber, und anderen, die nur Arbeitnehmer vertreten. Auch Flatom ist der Meinung, daß die arbeitsrechtliche Prozeßvertretung oft keine bloße Frage der rechtlichen Ausbildung ist, sondern vielmehr eine bestimmte innere Einstellung zu dem Gegenstande erfordert, die man ruhig als „weltanschaulich“ bezeichnen kann. „Meines Erachtens entwürdigt es den Anwaltberuf“, fährt er fort, „wenn man dem gleichen Anwalt die Fähigkeit zutraut, in ganz grundsätzlichen Fragen, etwa des Organisationsrechts, mit der gleichen Ueberzeugungstreue heute das Recht des Individuums oder des Arbeitgebers, morgen das der Gewerkschaften entscheidend in den Vordergrund zu rücken.“

Flatoms Anschauungen berühren sich hier mit unseren grundsätzlichen Erwägungen. Das „Recht der Gewerkschaften“ wird in der Tat vor den Arbeitsgerichten oft „in den Vordergrund zu rücken“ sein, und daß es ein Recht der Gewerkschaften, das die neuen Arbeitsgerichte beschäftigen muß, gibt, während zur Zeit der Gründung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und während des größten Teils ihrer Lebensdauer die Anerkennung eines solchen Rechts abgelehnt wurde — das eben wird der grundsätzliche Unterschied zwischen der alten und der neuen sozialen Gerichtsbarkeit sein.

Die Frage, die ich stellen möchte, ist nun, ob es denn überhaupt eine nennenswerte Zahl von Rechtsanwälten gibt, die innerlich bereit wären, sich die weltanschauliche Einstellung der Gewerkschaften zum Arbeitsrecht zu eigen zu machen? Ich habe keinen Grund, schließlich ein Gegner der Anwälte zu sein. Es liegt auch keine Veranlassung vor, daß die Gewerkschaftssekretäre die Rechtsanwälte, wie viele von diesen glauben, als Konkurrenten fürchten müßten. Aber ich habe als Gewerkschaftssekretär doch auch meine Erfahrungen mit manchem Rechtsanwalt machen müssen.

Die den Rechtsanwälten auf der hohen Schule eingeprägte Art zu denken ist der weltanschaulichen Betrachtungsweise des Unternehmers nicht näher verwandt als der geistigen Haltung der Gewerkschaften, und die Unternehmer stehen mit ihren Anschauungen wiederum nollends auf dem Boden des Arbeitsrechts der Vorkriegszeit. Werden die Anwälte zu den Arbeitsgerichten erster Instanz zugelassen, dann werden sie in der Prozeßvertretung sehr bald dominieren, denn die Unternehmer werden sich immer eines Anwalts bedienen und dadurch auch den Arbeiter bzw. die Gewerkschaft häufiger, als es ihnen lieb sein dürfte, zwingen, einen Rechtsanwalt hin-

zuzuziehen. So wird die Anwaltszulassung auf Umwegen zum Anwaltszwang.

Dem Gewerkschaftssekretär aber, dem Schöpfer der Tarifvertragsidee und dem Kenner des Wertens und des Sinnes jeder einzelnen Klausel seines Tarifvertrages, ihm ist die weltanschauliche Stellung der Gewerkschaften zum Arbeitsrecht gleichsam eingeboren — und das ist der entscheidende Grund dafür, daß er das Recht in Anspruch nimmt, das Recht der Gewerkschaften, für das er als Organisator kämpft, das er im Kampfe hat schaffen helfen, auch als Prozeßvertreter vor Gericht durchzusetzen. Und wenn nun, um zurückzukommen auf die von anderen Autoren so reichlich ausgeschlachteten historischen Erinnerungen, die Rechtsanwälte schon bei den sozialen Sondergerichten älteren Datums ausgeschlossen waren, so liegt für die Gewerkschaften erst recht kein Grund vor, nun ihrer Zulassung zuzustimmen, nachdem — im Einverständnis auch mit Flatom — klargestellt ist, daß es bei den neuen Arbeitsgerichten, zum wesentlichen Unterschiede von den alten, in erster Linie darauf ankommen wird, dieses Recht der Gewerkschaften zu verschaffen. Hier liegt im Gegenteil eine Aufgabe der Gewerkschaften vor, der sie sich gar nicht entziehen können.

Deutschnationale Aufwertungsnot.

Die Landwirtschaft gegen jede weitere Aufwertung.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet:

Die veranlaßt, ist der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrates bei der Deutschnationalen Volkspartei vorstellig geworden, und hat auf die Beunruhigung hingewiesen, die entstehen würde, wenn ein Aufwertungsantrag der Sparer für ein neues Volksbegehren in Sachen der Aufwertung Erfolg hätte. Die Kreditbeschwerden der Landwirtschaft würden durch dieses Volksbegehren eine erhebliche Steigerung erfahren. Das Ersuchen des Deutschen Landwirtschaftsrates ging deshalb dahin, die Deutschnationale Volkspartei zu veranlassen, dem Gesetzentwurf der Reichsregierung, wonach die Aufwertungsfrage vom Volksentscheid ausgeschlossen ist, ihre Zustimmung zu geben.

Die Vertreter der Landwirtschaft sind nicht die einzigen Interessenten, die die Deutschnationalen gegen jede Aufwertung scharfmachen. Es ist bei der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen gar nicht einmal nötig, einen besonderen „Druk“ auszuüben. Sie bestehen in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Leuten, die von keiner Aufwertung irgend etwas wissen wollen. Nicht umsonst ist der Abg. Best, nachdem er bei den Wahlen seine Schuldigkeit getan hatte, hin- und hergedrängt worden. Auch jetzt wird man wieder dasselbe Schauspiel erleben. Im Kampf gegen die Sparer werden die Deutschnationalen immer an erster Stelle stehen.

Der Sparerbund beantragt das Volksbegehren.

Wie aus den Kreisen des Sparerbundes mitgeteilt wird, wird dieser bereits in den allerersten Tagen, jedenfalls vor dem 1. Mai, beim Reichsminister des Innern die Einleitung eines Volksbegehrens über die Aufwertung beantragen. Die Sammlung der notwendigen Unterschriften für die Zulassung ist im Gange. Der Aufwertungsantrag wird sofort gestellt werden, wenn die Zahl der notwendigen Unterschriften erreicht ist.

Rupprecht Wittelsbach als Zeuge.

Berechnung unter Beteiligung Dr. Saengers.

München, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Dezember hatte im Landtag der sozialdemokratische Fraktionsredner eingehende Mitteilungen über die politischen Bestrebungen des bayerischen Kronprinzen im Jahre 1920 gemacht und u. a. dabei behauptet, daß Rupprecht Wittelsbach in jener Zeit mit Leuten zusammengearbeitet hat, die eine Zerschlagung Deutschlands und die Wiedererrichtung einer vergrößerten Wittelsbachschen Monarchie betrieben. Außerdem stellte er fest, daß Rupprecht am Sonntag 1920 mit den beiden deutschnationalen Abg. Heffnerich und Hergt

eine vierstündige Unterredung gehabt hat. Die Veranlassung zu dieser Unterredung sollen diese Reichstagsabgeordneten selbst gegeben haben, nachdem sie von den bedenklichen separatistischen Plänen des Kronprinzen Kenntnis erhalten hatten.

Unter Bremer Parteiblatt, die „Bremer Volkszeitung“ brachte damals einen Bericht über diese Verhandlungen im bayerischen Landtag und gab auf Grund einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ als Vermittler jener Zusammenkunft der deutschnationalen Abgeordneten mit Rupprecht den Reichstagsabg. Dr. Gildemeister-Bremen (Op.) an. Dieser verlagte daraufhin die „Bremer Volkszeitung“ und behauptete, er habe mit jenen Unterredungen gar nichts zu tun gehabt. Der Vertreter der „Bremer Volkszeitung“, Rechtsanwalt Saenger, stellte an das Große Schöffengericht in Bremen, vor dem das Disziplinerverfahren (!) gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Bremer Parteiblattes eröffnet worden ist, den Antrag, über die Wahrheit der sämtlichen von der „Bremer Volkszeitung“ aufgestellten Behauptungen Rupprecht Wittelsbach als Zeugen zu laden. Das Große Schöffengericht in Bremen ordnete daraufhin auch an, daß der „Zeuge Rupprecht von Wittelsbach“ zunächst in München zu vernehmen sei. Der Verweis wurde auf Einzelfragen, die an den Zeugen Rupprecht zu richten seien, beschränkt.

Die übliche Vernehmung des bayerischen Kronprinzen fand nun dieser Tage vor dem Amtsgericht in Berchtesgaden statt. Nach der eidlischen Aussage des Kronprinzen und nach Befragung des Zeugen durch den Termin anwesenden Verteidiger der „Bremer Volkszeitung“ dürfte es jetzt sehr erklärlich sein, warum der deutschnationale Fraktionsführer im bayerischen Landtag seine Rede im Dezember 1925 mit einem „ehrlichst vollsten Gruß an den Erben unserer bayerischen Krone und an sein königliches Haus“ geschlossen hat. Die Tatsache, daß der bayerische Kronprinz mit preussischen deutschnationalen Abgeordneten am Sonntag 1920 im Schloß von Tegernsee eine geheime Aussprache hatte, wird künftighin nicht mehr bestritten werden können. In diesem Punkte sind heute schon die Feindschaft von sozialdemokratischer Seite gemachten Mitteilungen als wahr erwiesen. Im Fortgang dieses interessanten Prozesses wird es voraussichtlich möglich sein, durch weitere eidlische Vernehmungen auch noch sehr bemerkenswerte Einzelheiten aus dem politischen Leben und Treiben des bayerischen Kronprinzen festzustellen.

Bewersdorff.

Einleitung eines Disziplinarverfahrens.

Gegen den Landgerichtsdirektor Bewersdorff und den Landgerichtsrat Schulze in Ragdeburg ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden, das bereits in das Stadium der Zeugenvernehmung eingetreten ist. Genosse Otto Landsberg hat befanntlich in der republikanischen Zeitschrift „Die Justiz“ dem Richter Bewersdorff vorgeworfen, er habe einige Monate vor dem Ragdeburger Prozeß in politischen Gesprächen geäußert, die Hauptsache sei, daß der Sattlergeselle da oben verschwinde, und sich weiterhin über ein Prozeßmanöver gegen den Genossen Scheidemann wie folgt ausgesprochen: „Ich habe dem Verteidiger Rothardt famos Lips gegeben, um Scheidemann madig zu machen. Dieser hat leider davon keinen richtigen Gebrauch gemacht.“ Ferner hat Genosse Landsberg in der „Justiz“ Bewersdorff vorgeworfen, daß er es nicht verschmäht habe, bei der Bewerbung um den Ragdeburger Direktorsposten die Befürwortung eines Sozialdemokraten und noch dazu einer früheren Unabhängigen zu erbitten.

Als Zeugen sind in den letzten Tagen der Genosse Landsberg und der demokratische Abgeordnete Oswald Kiesel, der im Landtag Bewersdorffs auferung über den „Sattlergesellen“ zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht hatte, vernommen worden. Landgerichtsdirektor Bewersdorff wohnt der Vernehmung bei und beteiligte sich trotz seiner augenfälligen Bekanntheit mit Fragen an die Zeugen, die nur ganz lose mit dem Prozeßthema zusammenhängen und von dem Untersuchungsrichter meistens nicht zugelassen wurden.

Die Last.

Von Richard Rainer.

Ist es eine Schande, einen Koffer zu tragen? Ich meine natürlich nicht jene Affenschande, die sich blasierte Reichen aus sozial gehobener Sphäre im kaiserlichen Deutschland anzuhun wähnten, wenn sie in die peinliche Lage versetzt waren, ihr Kofferschen selbst zur Bahn zu schleppen: Karriere, Kredit und Partie standen auf dem Spiel, wenn einem dabei ein einflureicher Bekannter begegnete. Nein, ich meine, wenn einer einen Koffer für einen anderen trägt, gegen Lohn für seine Mühe. Wenn wir uns an die wenden, die dieses Geschäft angeht, Angehörige der ehrsamten Junks der Dienstmanner, so werden sie ob dieser Frage dröhnend auslachen. Nicht diese geht meine Frage an, denn wie kann das Kostentragen sie auch entwürdigen, dem sie freilich nun nicht so leicht entrinnen können. Aber sie haben sie doch einst in einiger Freiheit, aus Reizung des Willens, zum wenigsten doch als kleinste unter vielen Härten, die das Leben für sie bereithält, erwähnt. Sie müssen nun jeden Tag aus neue ihren Rücken der Last darbieten, aber sie wollten es doch so und nicht anders. Einen aber sah ich so entwürdigt unter der Last eines ganz gewöhnlichen Koffers, daß es mir in der Reife mirgte, einen aus Unzähligen, die dies und alles zu tun bereit sind, die doch so gern jede Arbeit und jede Last auf sich nehmen wollten, weil sie es nun, heute, unbedingt heute noch, müssen.

Man darf nicht etwa annehmen, daß ich uergewohnlich sentimentaler personiert sei, weil etwas in mir aufbegehrt, als ich den Arbeitslosen den Koffer tragen sah; vielmehr machen es hier die besonderen Umstände des Falles und die ungewöhnliche Umgebung. In der kleinen Stadt gehen die Menschen noch nicht so unter in ihrer Kasse, gemahrt das Auge, das unter den tausendfahligen Eindrücken der großen Stadt sofort normiert, vereinfacht, generalisiert, noch mehr als jene Normgelehrter der sozialen Schichten, aus denen nur der Rundige eine Reihe von Einzeltypen herauslesen kann. Jeder erscheint noch als eine einmalige Besonderheit. Auch geht irgendein Vorfall auf der Straße nicht unter im selbstfulligen Brei des Verkehrs, sondern hebt sich heraus, wirkt pittoresk wie ein Bilderbogenschnitt, bleibt dem Gedächtnis noch lange erhalten mit allen starren Konturen, die die lebendige Gruppe barg.

Eigentlich sah ich nur einen älteren Arbeitslosen, der nicht abgegramter, versorgter, still verbittener ausseh, als es arbeitslose Batter nun eben sind, und der den Rusterkoffer eines jungen Geschaftsfreudens trug, der wiederum nicht selbstsicherer und selbstzufriedener ausah, als eine wichtige Kassekraft nun einmal aussehen muß. Er trat aus einem Geschäft, in dem er seine Ruster hatte tanzen lassen; der Arbeitslose ergriff mit einer Bewegung, in der eine wilde Freude floderte, den Koffer. So gingen sie nebeneinander her: der geistlose Reizende, dem einigte Preise, Rabatte, Provisionen noch im Kopfe wehten, die Hände sorglos in den Taschen des prachtvollen Wusters, und der abgerissene Arbeitslose

nebenher, etwas beschwert im Schritt, Dienstfeier in jeder ungelenten Bewegung. — Im rasenden Kolleddostop einer großstädtischen Geschaftstrae hätte niemand die stumme Szene beachtet, die hier zum Tribunal ward. Auf dem holprigen Pflaster, vor den Giebelhusern, zwischen denen die Straßenbahn wie eine unruhige Eidechse schwante, hoben sie sich plötzlich ab mit reliefartiger Starrheit: jeder in seiner Eigenart, der Abgegramte, Ergebene, der müde nach einem winzigen Anteil verlangt, und der Aufrechte, Saite, der selbstbewut das Seine beharrt; und beide in ihrer Beziehung, der Wohlgegrahzte, Gutgemachte, der dem Ausgemergelten, Gebueugten die Last aufbürdet. Mit etwas gezwungenen Schritten, der eine unnatürlich belastet, der andere unnatürlich frei von der Bürde, so gingen sie dahin: zwei Marionetten der gesellschaftlichen Widenatur. Warum trug der Starke nicht die Last für den Schwachen? Aber nicht genug damit, er drückte ihm auch noch den Lohn in die Hand und wälzte damit alle Schuld von sich ab, für den Dienst und, wie er wohl meinen würde, wenn man ihn daraufhin fragte, auch für des anderen Migeschick, an dem dieser tausendmal schwerer zu tragen hatte als an der Bürde. Denn die Not, die morgen wieder entlassen wird, zwingt ihn täglich aufs neue, sich unter das Joch eines Dienstes zu drängen, ehe ein anderer zurockkommt.

Ein Schauspiel mit doppeltem Ausgang. Eine „Reinheit“ auf dem Gebiet der dramatischen Dichtung geht in London über die Bühne. Es handelt sich um das Stück „Briny Brazil“, das über die Bretter des Savoy-Theaters geht. Die Eigenartlichkeit des Stückes besteht nämlich darin, daß es in Roll und in Dur gespielt werden kann. In den ersten fünf Wochentagen endet das Stück als Trauerspiel, an Sonnabenden und Sonntagen dagegen hat es einen besseren Ausgang. Die Theaterkritiker Londons sind in Verlegenheit, da sie nicht wissen, welcher Fassung sie den Vorzug geben sollen. Der Geschäftsführer des Savoy-Theaters dagegen reißt sich die Hände, denn er hat festgestellt, daß das Publikum, welches das Stück an den ersten fünf Wochentagen sah, auch die Aufführungen an Sonnabenden und Sonntagen besucht, gereizt durch die Reue, welche der „unsichere Ausgang“ lei.

Man sollte das Publikum an jedem Abend abstimmen lassen, ob es den einen oder den anderen Schluß will. Damit würde man der Forderung nach Utilisierung der Zuschauer genüge tun.

Gefährliche Bismarcken. Als man 1906 die Bismarcke, das verbreitetste Pflanzmittel Nordamerikas, dessen Saß auch heute noch sehr geschäft ist, nach dem Kontinent verpflanzte, um dem Rossenbedarf an billigen und doch ungefarbtetem Pulver entgegenzukommen — wurden doch in Friedenszeiten etwa 7 Millionen Bismarcke jährlich verarbeitet, wobei als Hauptverbraucher Martrankstub bei Leipzig zu nennen ist —, ahnte man wohl kaum, daß von der Domäne Dabirich der Trag, wo man die unvorzierten Liere an einem großen Teiche aussetzte, sich eine Tierart über jene Gegend Böhmens und die angrenzenden Gebiete Bayerns und Sachsens ausbreiten werde, das nicht nur ein wulstiger Räuber von Wassertieren geworden ist, sondern das als angriffslustiger Feind des Menschen sich entpuppte. Während in Nordamerika dies an Flukranden lebende

Tier, das höchstens 60 Zentimeter groß wird (die Hälfte dieser Längenangabe bezieht sich auf den Schwanz), als ich und furchtbar bezeichnet wird, erfährt man jetzt beinahe gleichzeitig aus den Gegenden von Regensburg und Passau von drei Fällen, in denen Bismarcken Menschen angefallen hatten und nur nach mühsamem Kampf zu verschrecken waren. Diese Angriffe erfolgten nicht etwa in Wohnungen bei schlafenden Menschen, sondern zur Nachtzeit bei Fußgängern und Radfahrern. Die eine der Bismarcken schaute also nicht einmal das Licht der Fahrradlampe, während eine andere sich als Ueberfallsobjekt einen Gendarm erkor und so recht wenig Respekt vor der hohen Dorigkeit bewies. Weiber ist das Pelzwerk dieser europäischen Bismarcken wertlos und so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf die gründliche Ausrottung dieses Tieres bedacht zu sein, das man vor zwei Jahrzehnten mit sozialer Hoffnung europaisierte.

Ein deutsches Hohenflugzeug. Die deutsche „Gesellschaft für Hohenflugforschung“ hat den Bau eines Hohenflugzeuges für die Erforschung der höheren Luftschichten, der sogenannten Stratosphäre, aufgenommen. In diesem Flugzeug sollen die Beobachter in einer geheigten Kammer sich aufhalten, um bei den niedrigen Temperaturen von 10 bis 60 Grad ihre Beobachtungen ohne körperliche Strapazen ausführen zu können. Da die ursprünglich gedachte Benutzung einer pneumatischen Kammer im Falle eines Lecks für die Besatzung katastrophal ausfallen würde, so will die Gesellschaft die einzelnen Beobachter und Piloten in luftdichte Anzüge nach Art der Taucherkleidung einwickeln. Die Gesellschaft hat bereits Schutzrechte auf diese neuen Erfindungen erworben.

Die neue Sagenkonvention. Der Verband Berliner Buhnenleiter hat in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zu den Sagenkonventionen auf neuer Grundlage beschlosen, daß Behälter für Einzeldarsteller in Schauspielen und Operetten, die 150 Mark für den Tag übersteigen, einer Vereinbarung des Direktors mit dem Verband Berliner Buhnenleiter unterliegen.

„Hamlet“ im Frak. Nachdem England im Vorjahre und Wien vor einigen Tagen vorausgegangen waren, erschien jetzt im Hamburger Thalia-Theater Shakespeares „Hamlet“ im Kostüm des 19. Jahrhunderts. Ernst Deutsch spielte die Titelrolle. Niemand kann jetzt mehr mit Recht behaupten, daß wir in der Kultur zurück sind.

Ellen Keys Zustand sehr ernst. Der Zustand Ellen Keys, die seit einiger Zeit schwer krank darniederliegt, hat sich, wie aus Stockholm berichtet wird, wesentlich verschlechtert. Es sind Gehirnblutungen eingetreten, so daß ihr Befinden zu größter Besorgnis Anlaß gibt.

Die Ausstellung sächsischer Kunst wurde gestern im ehemaligen Kronprinzenpalais feierlich erzuhrt.

„Der Junge Esch“ hat heute abends 8 Uhr in der Singelobende sein 3. Konzert. Zur Kuhnung gelangten Werke von Bach, Brahms, Beethoven, Schubert, Liszt, russ. Volkslieder und Tendenzgedichte. Kuhnerland: Das Schubert-Quartett. Karten einzelf. Programm und Einzel 1.— 2. 2. 1/2 1/2 1/2.

Um den Mieterschutz.

Beratung des Mieterschutzgesetzes.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde die Beratung des Mieterschutzgesetzes bei § 4 fortgesetzt. Dieser Paragraph will die Förderung auf Freigabe auch eines Teils der Mieträume zulassen; er kann aber in seiner Wirkung nur im Zusammenhange mit dem § 6 der Vorlage beurteilt werden. Im § 6 soll statt eines „angemessenen“ ein „ausreichendes“ Erfahrungsraum für den aus den Räumen gedrängten Mieter genügen.

Abg. Soenger wies darauf hin, daß dadurch Mieter, auch gewerblicher Räume, ungerechtfertigt und mit wirtschaftlichem Schaden aus den bisherigen Mieträumen herausgedrängt oder beschränkt werden können und begründete den sozialdemokratischen Antrag, der den geltenden Rechtszustand erhalten wissen will.

Unserdrücken, ohne durch bisherige Ablehnung seiner Anträge befehrt worden zu sein, beantragt Abg. Lucke die Herstellung des Friedenszustandes; er ersieht wieder nur bei einem Teil der deutsch-nationalen Unterstützung. Seine Anträge wurden abgelehnt.

Alle Verbesserungsanträge des bestehenden Gesetzes wurden abgelehnt.

Die Koalitionsparteien beantragten zu § 4 Absatz 1 anzufügen:

„es sei denn, daß der Vermieter einen zu gewerblichen Zwecken dienenden Raum für eigene gewerbliche Zwecke dringend braucht.“ Sie wollen also dem Hauseigentümer im eigenen Hause gewerbliche Räume freistellen.

Abg. Sipinski wies darauf hin, daß der beabsichtigte Schutz des Mieterschutzes dazu führen könne, daß Inflationsgewinner durch Hauskauf und Gewerbetreibende aus ihren Mieträumen herausgedrängt werden und eine Mietspiegelung eintreten werde, die, wie durch Beispiele dargelegt, von den Gerichten nicht als Leistungswucher, auch dann nicht angesehen wird, wenn die Mietspiegelung das Mehrfache der Friedensmiete beträgt. Die Koalitionsparteien versprochen, in der zweiten Lesung diese Bedenken durch eine bessere Wortfassung hinwegzuräumen. Der Antrag wurde angenommen.

Nur mit dieser Abänderung wurde § 4 nach der Vorlage angenommen.

Der § 5 des bestehenden Gesetzes wurde mit dem Zusatz der Vorlage angenommen.

Der § 6 rief eine lebhafte Aussprache hervor. Er will die Beschränkung des Erfahrungsraumes bei Verurteilung zur Wohnungsraumung einschränken und das öffentliche Interesse bei Beschränkung von Wohnräumen dem privaten Interesse voranzustellen.

Der bayrische Bevollmächtigte Immhoff erhob gegen diese Einschränkung Einspruch und wünschte auch für das soziale Element nur eine fakultativere Bestimmung für Stellung des Erfahrungsraumes zu treffen, weil die Gemeinden, auf die die Last fallen würde, nicht in der Lage seien, Erfahrungsraum zu schaffen.

Ministerdirektor Degg und Wölz widersprechen dem, weil die Mieter, die keine Wohnung haben, untergebracht werden mühten und andere Mieter auch gegen Nachteile sozialer Mieter zu schützen seien. Den Standpunkt hätten die Interessenvertreter im Reichsrat anerkannt. Für die Unterbringung solcher Mieter hätten die Gemeinden zu sorgen. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß eine solche Lockerung des Mieterschutzes nicht notwendig sei.

Ministerdirektor Degg teilte mit, daß im Jahre 1925 beim Amtsgericht Berlin-Mitte 1491 Mietstreitigkeiten anhängig waren. Davon wurde in 1040 Fällen, also 70 Prozent, auf Räumung erkannt. Unter diesen Urteilen waren 261 oder 26 Prozent der Fälle, in denen wegen Befristung des Vermieters oder der Gefährdung des Wohnraumes der Grund der Verurteilung gefunden wurde. In 26 Fällen habe das Gericht entschieden, daß Erfahrungsraum zu beschaffen sei.

Mit Rücksicht auf Abg. Silberstein; darauf hin, daß damit der Beweis erbracht worden sei, daß die Berliner Mieterschaft hoch moralisch sei und deshalb eine Verschärfung des Gesetzes ungerechtfertigt wäre. Abg. Tremmel erklärte für die Koalitionsparteien, daß sie die Einwände prüfen und für die zweite Lesung eine bessere Formulierung finden wollen.

Alle Anträge, mit Ausnahme eines Antrages Steiniger, der Bergleiche den Urteilen bei der Vollstreckung gleichstellen will, wurden abgelehnt und § 6 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Borah für Eigentumsrückgabe.

Die Eigentumsbeschlagnahme „ein Skandal“.

Washington, 23. April. (W.B.) Senator Borah erklärte einem Vertreter der „World“, er habe den Mellon-Plan über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Senat in der Hoffnung eingebracht, auf diese Weise eine baldige Rückzahlung des Eigentums zu erzielen. Sollte infolge der letzten Entwicklung durch die Vorlage die Lage kompliziert werden, so würde auch er gegen die Vorlage sein. Sein einziges Ziel sei, den ganzen Skandal schnell aus der Welt zu schaffen. Amerika habe weder ein geschlechtes, noch ein moralisches Recht, auch nur einen Cent deutschen Eigentums wegzunehmen, selbst wenn Deutschland keine Zustimmung durch den Verfall der und Berliner Vertrag unter Zwang erteilt habe.

„World“ hält im übrigen eine Untersuchung des Senats über den Plan der Rückzahlung des beschlagnahmten Eigentums für wahrscheinlich. Das Blatt schreibt ferner: Mills hat mit der Behauptung durchaus recht, daß die Konfiskation ein grober Vertrauensbruch und, von der moralischen Seite ganz abgesehen, eine Verletzung des Grundgesetzes von der Unvergleichlichkeit des Privateigentums ist, was zu Zeiten wachsender Auslandsanlagen besonders bedenklich ist.

„Tribune“ (seit jeder deutschen Feindschaft. Red. d. „B.“) erklärt dagegen in bezug auf die gestrigen Erklärungen Mills, es bestehe jetzt die Alternative, soll der amerikanische Steuerzahler über das fremde Eigentum die Kriegsschäden bezahlen.

Washington, 23. April. (W.B.) Der sozialistische Abgeordnete Loguardia hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, in welchem die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums unabhängig von der Befriedigung der amerikanischen Ansprüche gefördert wird.

36 „Mai-Parolen“ der Komintern.

Moskau, 22. April. (D.S.) Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei veröffentlicht in den Sowjetblättern eine an alle Zweigorganisationen der Partei gerichtete Instruktion über die Feier des 1. Mai. U. a. werden 36 Slogans und Redenabrisse für die Demonstrationen empfohlen. Unter diesen befindet sich als vierte Parole der Kampf: „Gegen den Völkerbund und Locarno, gegen die kapitalistischen Verträge in der Bourgeoisie und Sozialdemokratie!“ (Eigentümlich könnten auch die Deutsch-nationalen unter dieser Parole Nr. 4 den 1. Mai gemeinsam mit den Kommunisten feiern. (Red. d. „B.“)

Abg. Wildermann gestanden. Im Alter von 62 Jahren ist der langjährige preussische Landtagsabgeordnete Dr. Wildermann gestorben. Ursprünglich Priester, wurde er einer der eifrigsten und angesehensten Mandatäre der Zentrumspartei. Er war auch zeitweise Staatssekretär im Unterrichtsministerium.

Briand über außenpolitische Fragen.

Ungarische Fälschungen — Italiens Expansionspolitik — Völkerbund — Marokkofrieden.

Paris, 23. April. (W.B.) Zu Beginn der heutigen Kammerberatung, in der das Budget der auswärtigen Angelegenheiten zur Debatte steht, warf der sozialistische Abgeordnete Fontanier die Frage der Banknotenfälschungen in Ungarn und der Politik Italiens auf. Wie als Sozialist, erklärte er, dürfen Italien mit seiner wachsenden Bevölkerung seinen Platz an der Sonne nicht verweigern, aber wir können nicht die Form zulassen, in der es diesen Platz fordert. Wir sehen, daß sich Italiens Vorgehen nicht zugunsten des Friedens auswirkt, sondern den Frieden stört.

Ministerpräsident Briand

sprach in Beantwortung der Ausführungen Fontaniers die Erwartung aus, daß die Angelegenheit der ungarischen Banknotenfälschungen von den ungarischen Behörden in befriedigender Weise geahndet werde, andernfalls Frankreich die Angelegenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten werde.

Auf die französische Politik gegenüber Italien eingehend, erklärte Briand: Frankreich unterhält die besten Beziehungen zu Italien. Italien ist unter besonders schwierigen Bedingungen aus Selbsterhaltungsinstinkt (?) veranlaßt worden, sich einem besonderen Regime zuzuwenden. Italien hat dieses Regime freiwillig (?) gewählt, das ist seine Angelegenheit. Frankreich würde einen schweren Fehler begehen, wenn es anderen Völkern über die Art, wie sie sich regieren müßten, Vorschriften machen wollte.

Der kommunistische Abgeordnete Doriot bemerkte hierzu: Und Sowjetrußland?

Briand erwiderte: Ich fordere Sie auf, irgend eine Intervention der französischen Regierung in der inneren Politik Sowjetrußlands zu nennen.

Doriot antwortete nicht. Briand fuhr dann fort: Angesichts der ständigen Zunahme der italienischen Bevölkerung ist

Italiens Expansionskraft begrifflich.

Durch freundschaftliche Mittel und im Geiste der Versöhnung (?) sucht Italien mit seinen Führern seine berechtigten Bestrebungen zu verwirklichen. Das hat man aus den Worten der unmittelbaren Mitarbeiter Mussolinis feststellen können, die den Willen Italiens, den Frieden Europas nicht zu heutzurückzuziehen, bestätigt haben. Zwischen Italien und Frankreich gibt es keine unüberwindlichen Interessengegensätze. Auf französischem Boden arbeiten unter französischer Kontrolle eine Anzahl fleißiger Italiener, denen die französischen Verwaltungsbehörden nichts zum Vorwurf machen können. Briand, der dann an die italienisch-französische Waffenbrüderschaft im Weltkrieg erinnerte, schloß mit der Erklärung, daß er an die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien auch in der Zukunft glaube.

Hierauf interpellierte der sozialistische Abgeordnete Spina über den Verlauf der letzten Völkerbundstagung, die allgemeine Enttäuschung und zum Teil sogar Befürchtungen hervorgerufen habe. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß innerhalb des Völkerbundes keine Hierarchie geschaffen, daß vielmehr der demokratische Geist gefördert und zur Geltung gebracht werde.

Ministerpräsident Briand

erwiderte: Ich bin

sicher, daß die Völkerbundversammlung im September zu der gewöhnlichen Lösung führen wird.

Frankreich kennt keine großen oder kleinen Völker, alle Völker im Völkerbund sind gleich. Die letzte Völkerbundstagung hat bewiesen,

Turati über Amendola.

Ein Nachruf.

In der letzten Nummer der „Critica Sociale“ widmet Genosse Filippo Turati dem als Opfer sozialistischer Gewalttaten verstorbenen Führer der bürgerlichen Demokraten Giovanni Amendola einen schönen Nachruf, aus dem wir nachstehende Stellen entnehmen:

„Er war einer der wenigen, für die die Pflicht Selbstzweck ist. Für ihn war die Pflicht das Ergebnis eines inneren kategorischen Imperativs, das keine Berechnungen duldet, keine äußeren materiellen oder moralischen Genugtuungen und Gegenleistungen voraussetzt, es ist in diesem Leben, sei es im Jenseits. „Handle so, wie du handeln müßt, und nicht gemäß dem Nutzen, den du selbst oder andere daraus ziehen.“ Das war die Richtschnur seiner Worte, sondern seiner Taten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, war er tatsächlich nur wenig italienisch und — in dem Sinne, der diesem Worte heute verliehen wird — ausgesprochen „antinationale“. Als ich ihn in Rom zum letztenmal sah — es war in seiner beschiedenen Wohnung in der Via Porta Stuziana (die von den Faschisten wenige Stunden nach seinem Tode zerstört wurde. Red. d. „Vorwärts“) — hatte ich eine Vorahnung, daß er vom Schicksal schon gezeichnet sei und teilte schmerzvoll dieses Gefühl unseren Freunden mit.

Er empfand damals eine starke Scham ob seiner Qualen und bemühte sich, Heiterkeit zu maskieren. Aber es gelang ihm nicht. Ich fühlte, daß ich ihn nie wiedersehen würde. Und ich wandte mich daraufhin einem anderen Hause zu, das von untröstlichem Schmerz bewohnt wird: ich ging zur Witwe Rottentis. Ich brachte damit beide Schicksale miteinander in Verbindung, die letzten Endes nur ein gemeinsames Schicksal bildeten.

Und die Zukunft wird über diese beiden Schicksale ein gemeinsames Urteil fällen: ein ruhiges, gerechtes, unwiderrufliches Urteil...“

Die PPS. in Opposition.

Ein Manifest der polnischen Sozialisten.

Warschau, 23. April. (D.S.) Die polnische Sozialistenpartei hat ein Manifest an die arbeitende Bevölkerung gerichtet, das eine ganze Reihe von Forderungen der Koalitionsregierung aufzählt: Nichtbeförderung der Steuern der Besessenen, Brauersteuerung durch Getreideausfuhr, die Schutzpolitik Stanislaw Grabski, die zur Schließung von 1000 Kinderheilschulen in den Ostmarken geführt hat, das Gewaltregiment, dem die Schuld an dem Blutvergießen in Szyn zuschreiben sei und die Verhinderung der Rückkehr Biludski zur Armee. Ferner erinnert das Manifest an die Reformprojekte der Sozialisten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, an die sozialistischen Vorschläge zur Reform zum Budgetausgleich und fordert Reumachen. Der sozialistische „Robotnik“ greift Skrzynski an: sein Versprechen, nur bis zum 4. Mai Premierminister zu bleiben, um die wichtigsten Staatsgeschäfte zu erledigen und die bedrohlichen ersten Waisage (weniger noch der 1. als der 3. Mai, polnischer Nationalfeiertag, für den die Faschisten allerseits nachhaken. Red. d. „B.“) abzumauern, habe nur geringen Wert; er sei jetzt

daß jedes Volk seinen Willen zum Ausdruck bringen kann. Der Geist der Gleichheit im Völkerbunde macht täglich Fortschritte. Seitens Frankreichs wird er auf keine Schwierigkeiten stoßen. Die Ereignisse können sein Vertrauen in den Völkerbund nicht erschüttern. Sie sind vielmehr geeignet, es zu stärken. Die letzte Völkerbundstagung hat diese Ereignisse im Geiste der Solidarität behandelt, und das Volk, das vorläufig noch vom Völkerbund ferngehalten worden ist, hat sich von ihm nicht entfernt. Diese beiden Tatsachen sind geeignet, Vertrauen zum Völkerbund einzulassen.

Der sozialistische Abgeordnete Renaudet warf sodann die Marokkfrage auf und erklärte: Die Verhandlungen müssen in so kurzer Zeit erledigt werden, daß sie wenig Aussicht auf Erfolg haben. Nach offiziellen spanischen Organen haben die Verhandlungen den Zweck, zu verhindern, daß die Protektionsrechte beschuldigt werden könnten, sich dem Frieden zu widersetzen.

Ministerpräsident Briand wies diese Unterstellung als für Frankreich beleidigend zurück. Frankreichs Ziel sei der Friede, und zwar ohne irgendeinen Wunsch nach Eroberungen. Frankreich habe nur den Willen, die Gebiete, die auf Grund internationaler Verträge unter seine Kontrolle gestellt seien, zu beschützen. Die Verhandlungen seien mit den Risiken eingeleitet worden. Der Krieg habe diese unter das Joch Abd el Krims gebracht. Die französische Regierung habe nicht das Recht, ihren Wunsch unbeachtet zu lassen, ihre Freiheit wieder zu erhalten. Frankreich habe nicht das Recht, mit einer einzelnen Persönlichkeit zu verhandeln, weil diese Persönlichkeit erkläre: „Ich bin das Risikoble!“ Briand warnte alsdann davon, die Verhandlungen durch schlecht angebrachte Erörterungen zu stören.

Der kommunistische Abgeordnete Doriot erklärte schließlich, daß er bezüglich des Friedenswillens der französischen Regierung skeptisch sei, und protestierte gegen die geforderte Auslieferung Abd el Krims.

Nach einem eigenen Drahtbericht aus Paris tabelte Briand in seinen Ausführungen über den Völkerbund den Pessimismus, der sich in der Welt über den Verlauf der letzten Völkerbundversammlung kundgetan habe. Er verteidigte Frankreich gegen den Vorwurf, den man ihm daraus machen wollte, daß es zugleich mit Deutschland auch die Aufnahme Polens und Spaniens in den Völkerbund verlangte. Frankreich habe nie ein Hehl aus seinem Wunsch gemacht, und dieser Wunsch sei geboren aus dem Geiste von Locarno. Wenn Polen nicht in den Rat aufgenommen würde, solle Frankreich die Aufgabe zu, es gegebenenfalls gegen Deutschland zu verteidigen. Dies aber sei der Sache des Friedens wenig zuträglich. Was die Stellung Frankreichs zur brasilianischen Kandidatur angehe, so habe

er selbst die brasilianische Regierung angefleht.

ihre Beise gegen den Eintritt Deutschlands fallen zu lassen. Mit Unrecht habe man Brasilien des Egoismus beschuldigt; denn dieses Land habe nicht für sich allein, sondern für seinen Kontinent gesprochen, der im Völkerbund nicht vertreten sei. (Soll wohl heißen: nicht mit einem permanenten Sitz vertreten sei). Aber gerade die übrigen südamerikanischen Staaten bestreiten, daß Brasilien in Genf ihr Wortführer gewesen sei, vielmehr sind sie von ihm abgerückt. (Red. des „Vorw.“) Die deutschen Vertreter selbst hätten durch die Unterzeichnung des erneuten Bekenntnisses zum Locarno-Pakt die Aufrichtigkeit der französischen Absichten in Genf anerkannt.

nur noch Premierminister von Gnaden einer reaktionären Intrige. Die Opposition wird im Seim bereits in der nächsten Woche in der Frage des Budgetprovisoriums für Mai hervortreten, die Regierung Skrzynski rechnet aber doch noch auf eine Mehrheit von etwa 40 Stimmen.

Die Wendung in China.

Aufregung in Moskau.

Moskau, 23. April. (D.S.) Die Erfolge Tchangschins, des erklärten Feindes Sowjetrußlands, machen sich für die Sowjetstaatsangehörigen in China schon sehr fühlbar. In Peking haben die Nachrichten darüber erhebliche Beunruhigung hervorgerufen, besonders, daß in der Grenzzone in und um Charbin die Chinesen feindselig gegen die Sowjetbürger auftreten. (Dieses mandchurische Gebiet beherrscht Tchangschin.) Die chinesischen Behörden wollen eine große Zahl von Sowjetrußen aus Charbin ausweisen. Auch in Schanghai macht sich, nach Meldungen der Sowjetblätter, der feindselige Einfluß Tchangschins bemerkbar; das dortige Sowjetkonsulat sei gefährdet, da im Dienst Tchangschins stehende russische Emigranten in der Stadt eine bedeutende Rolle spielen.

Tchangschin jr. beherrscht Peking.

Peking, 23. April. (W.B.) Die „British United Press“ aus Peking meldet, hat der Sohn Tchangschins die Führung der Geschäfte in Peking übernommen. Er hat die Diplomaten besucht und ihnen formell versprochen, daß er nichts unterlassen werde, um die Ordnung in Peking so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Der Religionshaß in Indien.

Neue Zusammenstöße in Kalkutta.

Kalkutta, 23. April. (Reuters.) Im Laufe des heutigen Tages wurden 49 Personen, die bei neuen Zusammenstößen zwischen Mohammedanern und Hindus verletzt wurden, in den Krankenhäusern eingeliefert. Zwei Personen sind ihren Verletzungen erlegen. Heute nachmittags drang eine Gruppe von Mohammedanern in die Markthallen ein und überfiel die mit Hosen gewaschen handelnden Hindus, von denen vier schwer verletzt wurden. Die mohammedanischen Obsthändler leisteten den angegriffenen Hindus Hilfe und vertrieben die Angreifer. Eine Gruppe von etwa hundert Mohammedanern plünderte die Getreidelager, wobei ein Hindu Kaufmann verletzt wurde. In das Stadtviertel, wo sich die Unruhen ereignet haben, ist ein starkes Polizeiaufgebot verlegt worden.

Der kommunistische Abgeordnete Doriot macht uns in einem längeren Schreiben darauf aufmerksam, daß die Behauptungen über angeblich von ihm verübte Unterschlagungen, die zu seinem Ausschluß aus der P.P.S. geführt haben sollen, falsch seien. Er habe an die Rosa Hilfe sämtliche in Betracht kommenden Bücher restlos abgeliefert. Sein Ausschluß erfolgte lediglich aus politischen Gründen.

Gewerkschaftsbewegung

Vertrauliche Ausführungen.

Ministerialbeamte bei den Arbeitgebern.

Vor einigen Wochen hat sich der Ausschuss für Lehrlingswesen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit dem Grundgedanken des bisher unveröffentlichten Referentenentwurfs eines Gesetzes über die berufliche Ausbildung Jugendlicher beschäftigt. An dieser Aussprache nahmen Fräulein Regierungsrat Dr. Gaebel und Regierungsrat Strunden vom Reichsarbeitsministerium sowie Ministerialrat Schindler vom Preussischen Handelsministerium teil. Ueber die geplante gesetzliche Regelung berichtete Ministerialrat Schindler.

Wir erhalten von diesen Vorgängen durch einen von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels verbreiteten Bericht Kenntnis. Am Schlusse dieses Berichts heisst es: „Die Ausführungen der Herren Vertreter der Ministerien werden für vertraulich erklärt.“

Wir wollen annehmen, daß die vorgenannten Vertreter der Ministerien einer Einladung der Gewerkschaften ebenso bereitwillig gefolgt wären und Auskunft gegeben hätten über den gegenwärtigen Stand des Berufsausbildungsgesetzes. Die Gewerkschaften hätten um so mehr Anrecht darauf, da der Vater des Gesetzentwurfs, Ministerialrat Schindler, nach dem Bericht betont hat, daß der jetzt vorliegende Referentenentwurf letzten Endes auf Beschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf seiner Rürnberger Tagung im Jahre 1919 zurückgeht, bei der programmatisch gefordert wurde, für die praktische Ausbildung der Jugendlichen einheitlich, für alle Berufszweige geltende Gesichtspunkte zu schaffen, deren Durchführung innerhalb der einzelnen Berufe durch paritätische Kommissionen sichergestellt werden sollte.

Mit der Vertraulichkeitserklärung dürfte, wie wir hoffen wollen, den Vertretern der Ministerien ein Bärendienst geleistet sein. Ober sollte hinter diesem Vorgang doch mehr stecken? Es gibt bekanntlich in einigen Grundfragen des künftigen Berufsausbildungsgesetzes tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern. Dazu gehört das Verhältnis des Lehrvertrages zum Arbeitsvertrage und die im Zusammenhang damit stehende Frage der Regelung des Behrllingswesens im Lehrvertrage. Diese Meinungsverschiedenheiten kamen auch deutlich zum Ausdruck bei den Beratungen des ersten Referentenentwurfs Ende 1923. Am Schlusse dieser Beratungen wurde die baldige Fertigstellung der endgültigen Regierungsvorlage in Aussicht gestellt. Bis heute warten wir vergeblich darauf. Nach dem Bericht der Hauptgemeinschaft hat Ministerialrat Schindler am Schlusse seiner Ausführungen erklärt: „Der Gesetzentwurf ist noch nicht veröffentlicht. Es ist beabsichtigt, ihn den entscheidenden Körperschaften nunmehr beschleunigt vorzulegen.“

Ueber die vorerwähnte Streitfrage enthält der Bericht der Hauptgemeinschaft folgende bezeichnende Darstellung:

Aus Anfragen, die nach Beendigung des Berichts des Herrn Ministerialrats Schindler von Herrn Dr. Tiburtius, Dr. Blum, Dr. Schneider, Dr. Runge, Kipinger, Dr. Borchardt an diesen und Herrn Regierungsrat Strunden gerichtet werden, ergibt sich weiterhin folgendes über den Gesetzentwurf:

Der Gesetzentwurf ist von dem Bestreben getragen, die Regelung des Lehrlingswesens den Tarifverträgen und damit den Arbeitskämpfen zu entziehen. Die Regelung der einschlägigen Fragen soll in die ruhigere Luft der paritätisch besetzten Ausschüsse bei den Berufsvetretungen verlagert werden. Kommt in den Ausschüssen eine Einigung nicht zustande, so greift die allgemeine gesetzliche Regelung ein, wonach also zurzeit Tarifverträge zugelassen sind. Die Tarifverträge aber können nicht mehr eingreifen, wenn die Ausschüsse für Lehrlingswesen Bestimmungen getroffen haben.

Sollte das den Tatsachen entsprechen, dann werden die Gewerkschaften sich gegen solche Pläne mit aller Kraft wenden.

Lebensmittel- und Getränkearbeiter!

Verteidigt eure Organisation!

Am Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr findet in der Sudbrauerei, Föhlstraße, die Neuwahl der engeren Ortsverwaltung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter statt. In dieser Versammlung wird die Entscheidung getroffen werden, ob auch im kommenden Jahre die Verbandsgeschäfte nach bewährten gewerkschaftlichen Grundsätzen geführt werden sollen oder ob die Verbandseitung einem nach der Mostauer Weise tanzenden Phrasenhelden ausgeliefert werden soll.

Kolleginnen und Kollegen! Was haben die Vertreter der kommunistischen Opposition bis jetzt dort geleistet, wo sie die Leitung der Betriebsräte in Händen hatten?

Sie haben jämmerlich versagt.

Das selbe würde eintreten, wenn die Kommunisten die Leitung der Organisation in die Hand bekämen. Mit hohlen, radikalen Phrasen und selbster Sprücheweiserei läßt sich in der Gewerkschaftsbewegung nichts anfangen. Den Gewerkschaften stehen in der nächsten Zukunft

die schwersten Kämpfe

bevor. Nur einer geschlossenen, nicht durch Parteihader zerissenen, nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen geleiteten Organisation wird es gelingen, diese Kämpfe wie bisher erfolgreich zu überwinden.

Also fort mit allen politischen Streitereien und Fäulereien aus unserer gesamten gewerkschaftlichen Betätigung! Um das zu erreichen, erscheint am kommenden Sonntag, versehen mit dem Mitgliedsbuch, Mann für Mann in der Generalversammlung und gebt eure Stimme der

Liste Hodapp.

Die Fraktion für praktische Gewerkschaftsarbeit (Richtung Amsterdam)
Der Fraktionsvorstand. J. K. Ray Köffel.

Der Manteltarif der Bau- und Geldschrankschlosser.

Der Schloßverband Berliner Schlossereien hatte zum 31. März den Manteltarif für die Bau- und Geldschrankschlosser gefündigt. Die Unternehmer verlangten die Anordnung von Ueberstunden durch die Betriebsleitung ohne Zustimmung der Betriebsvertretung, Einstellung von Arbeitern ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises, Verschlechterungen der Urlaubsbestimmungen und anderes mehr. Da in den direkten Verhandlungen eine Einigung wegen des Festhaltens der Unternehmer an ihren Forderungen nicht erzielt werden konnte, riefen die Unternehmer den Schlichtungsausschuss an. Dieser fällt am 18. April einen Schlichtspruch, nach dem der alte Mantelvertrag mit unwesentlichen Veränderungen auf ein Jahr bis zum 31. März 1927 bestehen bleibt.

Die Bau- und Geldschrankschlosser beschäftigten sich in ihrer Branchenversammlung am Donnerstag mit dem Schlichtspruch und stimmten ihm zu, da durch ihn den Wünschen der Unternehmer nicht Rechnung getragen wurde.

Zum Konflikt der Bauklemmpner und Rohrleger.

Der am 7. April für die in der Tarifgemeinschaft der Zentralbauindustrie und des Klempnergewerbes in Berlin Beschäftigten gefällte Schlichtspruch, der eine Lohnreduzierung von 5 Pf. pro Stunde vorsah, war von den Bauklemmpnern und Rohrlegern abgelehnt worden. Die Unternehmer hatten daraufhin die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Verbindlichkeitsverhandlungen finden am Montag vor dem Schlichter für Groß-Berlin statt.

Lohnverhandlungen in der oberschlesischen Eisenindustrie.

Beuthen, 23. April. (S. P.) Auf Antrag der Arbeitnehmerverbände fanden für die oberschlesischen Eisenhütten Verhandlungen über Lohnfragen statt; vor allem handelte es sich um die Bezahlung der seit dem 1. Januar nur in achtstündiger Arbeitszeit beschäftigten Hochofenarbeiter. Die Verhandlungen, in deren Verlauf eine Schlichtungskammer gebildet wurde, wurden bis auf weiteres verlagert.

Gescheiterte Lohnverhandlungen im Baugewerbe.

Essen, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe für Rheinland und Westfalen sind abermals gescheitert. Die Arbeitgeber fordern einen Lohn-

abbau von durchschnittlich 23 Pf. pro Stunde, während die Arbeitnehmer eine Lohnreduzierung von durchschnittlich 15 Pf. verlangen. Rummer hat das Zentral-schiedsgericht in Berlin, dessen Spruch sich beide Parteien nach der bestehenden Vereinbarung unterwerfen, endgültig zu entscheiden.

Internationales Arbeitsamt und Londoner Konferenz.

Genf, 23. April. (I. L.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes verhandelte heute vormittag über das Ergebnis der Londoner Konferenz über den Käftigungsentag. Im Namen der englischen Regierung gab der Vertreter Wolff die Erklärung ab, daß sie sich mit den Einzelheiten der Londoner Aussprache noch nicht befassen können, weil dies die englische Politik verhindern hätte. Doch stelle sie eine baldige Behandlung der Frage in Aussicht. Der Arbeitgeber Rhorberg äußerte sich sehr zurückhaltend über die Londoner Besprechungen. Er bedauerte lebhaft, daß das Internationale Arbeitsamt durch die Person seines Direktors daran teilgenommen hätte. Es handelte sich bei der Londoner Konferenz um private Verhandlungen der fünf Regierungen, die das Internationale Arbeitsamt nichts angehen. Der holländische Gewerkschaftsleiter Dudgeest begrüßte lebhaft die Londoner Beschlüsse, an deren Einzelheiten jedoch manches auszusetzen sei. Durch die Erklärung des englischen Regierungsveterärs Wolfe würde die Arbeiterkategorie der Welt sehr stark enttäuscht sein. Für die französische Regierung sprach der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Fontaine. Bereits im Jahre 1910 sei die Arbeitszeit in Frankreich durch ein Gesetz geregelt worden. Ein neuer Gesetzesentwurf, der auf die Londoner Beschlüsse zurückgreife, sei bereits von der Kammer angenommen und liege zurzeit dem Senat vor.

Der englische Arbeitnehmervertreter Fulton sprach die Hoffnung aus, daß die englische Regierung möglichst bald an die Bearbeitung der Londoner Beschlüsse herangehen würde. Der deutsche Regierungsveteräre, Ministerialdirektor Freiwald, erklärte, daß er keinen Anlaß habe, den Erklärungen der englischen und französischen Regierungsveteräre etwas Wesentliches hinzuzufügen. Die Beschlüsse der Londoner Konferenz wären von der deutschen Regierung weiter ausgearbeitet worden, die gleich nach der Londoner Konferenz einer neuen Prüfung unterzogen worden seien. Die Reichsregierung beabsichtige, diesen Entwurf in aller nächster Zeit den Spitzenverbänden der Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften zur Prüfung zu übermitteln. Der Gesetzesentwurf werde in naher Zukunft von der Reichsregierung und dem Reichstag behandelt werden. Die deutsche Regierung begrüße lebhaft die Übereinstimmung in der bisherigen Frage der Arbeitszeit zwischen den fünf Staaten. Der deutsche Arbeitnehmervertreter Hermann Müller begrüßte das in London erzielte Einverständnis als einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeitszeitgesetzgebung. Die Regierungen müßten sich dafür einsetzen, daß die Ratifikation des Londoner Abkommens möglichst bald erfolge.

Das Schlusswort hatte Albert Thomas, der erklärte, daß er als französischer Vertreter an der Londoner Konferenz teilgenommen habe. Das Internationale Arbeitsamt sei in keiner Weise verpflichtet. Auch er sehe in den Londoner Beschlüssen einen wesentlichen Fortschritt. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Regierungen bald die Ratifikation vornehmen würden, da die Arbeitnehmer sonst enttäuscht sein würden.

Achtung, Zimmerer! Die gestrigen Verhandlungen mit der Firma Schlichter sind an der Halsstarrigkeit der Firma gescheitert. Die Sperre besteht daher weiter. Kameraden, Abt Solidarität und melde die Firma Schlichter, Spandau.

Zentralverband der Zimmerer, Fabrikstraße Berlin und Umgegend.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Beuth, Sonnabend, 24. Apr., fand die Gruppe Naabit im Jugendheim Bremer Höhe Besprechung. Musik- und Singschulung. Sonntag: Besprechung im Jugendheim. Treffpunkt 8 1/2 Uhr. Treffpunkt 8 1/2 Uhr. Treffpunkt 8 1/2 Uhr. Treffpunkt 8 1/2 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Ernst Seltenreich; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: J. K. Ray Köffel; Soziales: J. K. Ray Köffel; Sport: J. K. Ray Köffel; Besondere: J. K. Ray Köffel; Besondere: J. K. Ray Köffel.

Sonderangebote

Damen-Spangenschuhe
schwarze Schnürschuhe
schöne Form, sehr gedoppelt,
vorseitliche Qualität

7 50

Seidenstoffe

Crépe Georgette 3 25
reine Seide, ca. 100 cm breit, schwarz, Nr.

Foulard 3 90
ca. 90 cm breit, Kontinent, Nr.

Bastseide 4 20
ca. 90 cm breit, mod. Farben, Meter

Toile de soie 5 90
ca. 90 cm breit, schwarz, elegante
Qualität, für Kleider u. Waagen, Nr.

Damen-Spangenschuhe
in Braun und Schwarz
moderne schöne Form,
in verschiedenen Ausführungen und
Lederarten

9 50

Trikotagen

Damen-Hemdchen 48 Pf.
Baumwolle, fein gewirkt

Damen-Schlüpfer 95 Pf.
Baumwolle, fein gewirkt

Büstenhalter Marke „Pando“ 1 45
feines Garmewebe

Damen-Hemdchen 2 95
Kunstseide, Windfall, in vielen schönl. Farb., 3, 4, 5

Herren-Hosen 2 45
makofarbig

Herren-Garnituren 3 95
Jacken, Hemden,
moderne Farbenart, Grösse
Jede weitere Grösse 50 Pf. steigend

Mod. Beuteltaschen Die große
Modo

aus weichen, echten braunem Leder, mit
gelb. Metall, Trikotfutter u. Innenfah.
eleg. solid. Bdg. 7 50 8 50 9 50

Stück... 19 cm 7 20 cm 8 20 cm 9 50

Damen-Strümpfe

Baumwollene 55, 95 Pf.
gel. Qual., 1. Schwarz, 2. farbig

Seidenflor in Schwarz und
farbig, mit Doppel-
seide, Hochsteck und Naht

Prima Kunstseide 1 95
in allen modernen Farben

Künstliche Waschseide 2 95
mit Fangmaschenschutz

Elegante Untertailen 95 Pf.
ausgewählteste billig

Kinder-Spielhöschen und
Kleiderchen 95 Pf.
Enorm billig! 1 95, 1 45

Einzelne Mädchen- und Knaben-Hemden 95 Pf.
Länge 40-70 cm, durchweg 80

Jumper 95 Pf.
aus gutem baumwoll. Material,
in höchsten Dessins

Jumper 4 25
aus barbarer Waschseide (Kunst-
seide), offen und geschlossen zu
tragen

Handschuhe

Damen-Leinen 95 Pf.
Imitation, mit
breiter Aufsicht, 2 Druckknöpfe

Damen-Reine Seide 1 95
dopp. Fingerspitzen, 2 Druckknöpfe

Damen-Glacé 2 90
mit 2 Druckknöpfen

Damen-Glacé 3 90
mit 2 Druckknöpfen

Damen-Nappa 3 90
gesteppt, mit 2 Druckknöpfen

Herren-Nappa 4 90
gesteppt, gute Halb-
bare Qualität, mit 1 Druckknopf

Servierschürze 95 Pf.
Zofent., m. Trä-
gern, best. Stoff, Stück, Blinase

Servierschürze 1 45
Schweizer
Form, aus
gutem Linnen, mit Hobelnaht

Herren-Socken

Prima Baumwolle 55 Pf.
elastisch, gut verstrickt

Schweisssocken 75 Pf.
wollgezeigt, gut verstrickt

Prima Baumwolle 95 Pf.
unifarben und moderne Mus.

Elegante Kunstseide 1 95
mit besonders starker Faser

Damen-Pumps oder Spannschuhe
schwarze Boxcall, moderne schöne
Form, vorseitliche Qualität

8 50

Waschstoffe

Crépon 95 Pf.
bedruckt, Meter

Crépe gestreift, 1 10
für Blusen und Kleider, Meter

Crépe Schotten, 1 45
doppelseitig, Meter

Kunstseide 1 75
mit Baumwolle (Waschseide), in
vielen modernen Dessins, Meter

Damen-Haibschuhe aus
Schubru
und mit Spange, auch in Lack-Pumps
und Lack-Spange, gute Qualität

12 50

HERMANN TIETZ

Sonderangebot!
Schnellsto Apparat „Hertie“ 75
zu verwend. zum St. u. n. t. Waschen, Stricken, Stricken, Sticken,
Verlängerung in der Kurzwarenabteilung

Sonntägliche Wanderziele.

Durch das schöne Waldgebiet zwischen Biesenthal und Eberswalde fließt die Schwärze. Etwa zwei Meilen mißt ihr Lauf...

Zum Samithsee.

Wir wandern auf dem Gesteinweg weiter. Der Kiefernwald, durch den unser Weg anfangs führte, macht einem Mischwald Platz...

ausgebildet, so daß sie dem Auferstehungsruf des Lenzes sofort zu folgen vermögen. Herbst und Winter sind nicht die Jahreszeiten...

Zur Schwärze.

Nachdem wir etwa dreiviertel Stunden gewandert sind, kommen wir an einen in nordwest-südöstlicher Richtung verlaufenden Kreuzweg...

Der Eisvogel.

Die Schwärze ist eines jener Gewässer, an denen der Eisvogel oder Königsfischer vorkommt. Er ist bemüht, sich den Blicken der Menschen möglichst zu entziehen...

und die unteren Schwanz- und Flügeldecken lebhaft ämtröt, Rinn und Kehle gelblichweiß, ein breiter Streif, der sich von der Schnabelwurzel hinabzieht...

Nach Eberswalde.

Wir bleiben im Schwärzetal bis zur nächsten Straßenbrücke. Hier überschreiten wir die Schwärze und wandern nun auf schöner Waldstraße in südöstlicher Richtung über die Stettiner Eisenbahn...



Am Samithsee.



Der Eisvogel.

Gamile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde.)

Wir durchzogen eine Landschaft, die unbewohnt schien. Nur von Zeit zu Zeit meldete Hundegebell unsere Anwesenheit. Das konnten umherschweifende Hunde sein...

„Welches von beiden ist es?“ flüsterte ich Butros zu. „Das andere, Omar-Bei-el-Husseini hat ohne Zweifel Gamile dort untergebracht.“

Diese Interpretation beseligte mich, meine heißen Lippen erfrischten sich daran wie an einem Hissorbet. So war Gamile noch unberührt. Wir kamen nicht zu spät.

„Wie kannst du das wissen?“ drängte ich ihn.

„Ich mutmaße es. Salma wäre nicht vor dem ersten Haupte stehen geblieben, wenn Ladmor, die andere Stute, dort nicht ihre Post abgesetzt hätte.“

Er antwortete mit einer Sicherheit, welche jeden Zweifel ausschloß. Indessen durften wir nicht länger vor diesem schlummernden Park halten.

„Elias, bist du nicht schon einmal in das Gebiet von Alfa gekommen?“

„Früher.“

„Wo sind wir hier? Weißt du es?“

„Hinter Biermes. Wir haben rechts ein Dorf, es heißt haouara, liegen lassen; das war dort, wo die Hunde bellten.“

„Dieser Ort muß Chaar sein, das im Bergland liegt. Hier ist der Fluß.“

„Wieviel Einwohner hat es?“

„Ich weiß es nicht mehr genau. Vielleicht dreihundert.“

„Lauter Muselmänner?“

„Einige Maroniten waren darunter. Warten Sie; ich habe am Ausgang des Dorfes bei einem alten Mann gewohnt, einem Christen, der Jusuf Abdud hieß.“

„Suche ihn wieder auf. Wir folgen dir.“ Er setzte sich an die Spitze. Salma wollte den Fleck, wo sie hielt, nicht verlassen; sie warf den Kopf zurück und gab Zeichen der Ungebuld.

„Dein Alter ist tot.“ sagte Butros; da wurde die Tür vorsichtig geöffnet. „Gottes Segen mit dir!“ beeilte sich Elias auszuruhen und uns als Glaubensgenossen zu kennzeichnen.

Die Tür wurde vollends geöffnet. Der alte Fellah wohnte allein. Seine Kinder waren nach den Masakers nach Amerika ausgewandert. Er selbst hatte sich bei seinem Alter gegen die Ueberstebelung gestraubt.

Die verschleierte Gamile.

Am anderen Morgen gab uns der alte Jusuf Abdud genauere Auskunft. Das große, von Garten und Obstplantagen umgebene Haus war in der Tat Eigentum des Omar-Bei-el-Husseini, dem das ganze Dorf und die Ländereien gehörten.

siedelte nach seinem Palast in Tripolis über. Er lobte diesen Omar so übertrieben, daß es mich verlegte; er war der gütigste Herr, trieb den Sport der Falknerrei, war mildtätig und prunkliebend.

„Wieviel Frauen sind in seinem Harem?“ fragte Butros kurz.

„Eine einzige, die er vor kurzem, seine Religion gestattete es ihm, verstoßen hat.“

„Vor kurzem?“

„Vor einigen Tagen. Aber bevor er Nasmine nach Tripolis zurückschickte, hat er ihre Mitgift durch Geschenke von Schmutz, Seidenstoffe und Leppiche verdoppelt.“

„Aber, dieser hochherzige Fürst hat meine Schwester Gamile geraubt.“

Den Alten hätte dieser Raub ohne die Frage der Religion nicht interessiert.

„Hat er sie gewaltsam geraubt, um sie zu seiner Sklavin zu machen?“

„Mit ihrem Willen oder mit Gewalt, um sie zu heiraten. Die Tochter des Scheiks Raschid-el-Hame macht man nicht zu seiner Konkubine.“

Butros berichtete von unserer ersten Station vor einem weißen Hause und ermangelte nicht, seine Mutmaßungen darüber zu äußern.

„Dort wohnt Mohammed Bei-el-Dasin. Er ist ein verehrungswürdiger kluger Mann, befragt und der Onkel Omars. Eine seiner Frauen, Abia, hat bei Omar Mutterstelle vertreten.“

„Das werden wir bald wissen.“ erwiderte Butros. „Wieviel habt ihr hier Maroniten?“

„Einige zwanzig und wir leben in Frieden mit den Muselmännern, deren Zahl sich etwa auf 300 beläuft.“

„Das heißt: wir können auf niemand hier zählen?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Schulklasse im Freien.

Wo immer man in diesen Tagen, die dem Schuljahre folgten, einen morgentlichen Vorortzug bestiegen, stets geriet man in ein Asteil, das mit fröhlich lärmenden Kindern gefüllt war. Und nicht nur das eine Asteil, auch die Nebengasse und überhaupt der ganze Zug schien von der Jugend besetzt zu sein, die unter Aufsicht von Lehrern und Lehrerinnen ins Freie fuhr. Bisher, daß die erste Zeit des neuen Semesters gleich einen guten Eindruck machen soll: auf einem solchen Ausflug lernt der Lehrer seine Schüler in Stunden besser kennen, als lange Wochen hindurch im Schulzimmer. Den prahlischen, vorlauten Mund wird er sich ebenso merken wie den bescheidenen Geist, der etwas Aufmunterung bedarf, um den übrigen gemächlich zu sein. Bei den kleinen Mädchen, die der Lehrerin anvertraut sind, macht der gefüllte Koffer einen ganz andersartigen Eindruck. Marichen ist nicht zu bewegen, sich während der Fahrt von ihrer Buchlast zu trennen, wenn auch der pralle Koffer sie sehr am bequemem Sitzen auf der Bank hindert — hat doch die vorsorgliche Mutter nicht nur ein großes Etui, sondern auch einen Bodenmantel für etwaiges Unwetter hineingestopft. Die Aufmerksamkeit der Jugend ist vor allem auf die vorübergehende Außenwelt gerichtet — kommen sie an einem Ort vorbei, wo sie schon mal waren, tauchen gleich die Erinnerungen an die dort verlebten Stunden auf. Im Freien endlich angelangt, wird dem Klassenleiter die Aufgabe zuteil, die Jugend zu beschäftigen. Die alten Spiele bleiben immer neu — lustiger Gesang begleitet so manchen Rundlauf und das Besehen. Wer die Natur liebt, wird diese Stunden im Freien nicht vorübergehen lassen, ohne den Sinn für Beobachtung der Welt im Kleinen zu schärfen. Manche Reden zur Botanik und Zoologie werden auf diesen ersten Ausflügen gemacht — viele Begriffe der Stadtkinder hinsichtlich der Naturerscheinungen korrigiert. Mit verhältnismäßig geringen Opfern wird dieser Ausflug ins Freie erkauft — Stunden der Ungebundenheit und Geselligkeit, die den Ernst der Schule wohltätig unterbrechen.

Der Spritweber-Prozess.

Eine Sendung „vom lieben Gott“.

Die beiden letzten Verhandlungstage ergaben verschiedenes von Bedeutung. So wurden u. a. die beiden Regierungsräte Eilers und Klotz, die über den Koppfchen-Betrieb so eigenartige Berichte verfaßt hatten, als der Ritterschloß verdächtig, unverändert gelassen. Auf die weitere Sachverständigenmäßigkeit des letzteren der beiden Genannten ist allseitig verzichtet worden.

Nicht wenig belastend für Peters gestellte sich auch die Erörterung des Falles Ruben. Dieser Apotheker Ruben ist nach Holland geflüchtet. Von der halben Million Liter Spirit, die er bezogen hat, sind 300 000 Liter von ihm an Weber abgetreten worden. Teils wurde der Spirit direkt von den Konopistellen an diesen geleitet, teils dienten als Durchgangsstellen die Speditionsläger von Bergemann und Burps. Da nun der Aussage dieses Burps, der erklärte, daß die Abholung stets auf Anweisung von Ruben erfolgt sei und daß er nie gewußt habe, wer der Abholer sei, die Aussage des Chauffeurs gegenüberstand, daß er stets die Ausweise der Weberischen Deutschen Spirituosenwerke vorgelegt habe, so erklärte der Staatsanwalt, daß er gegen Burps ein Verneinungsverfahren einleiten werde. Hebrigen wird durch Zeugenaussage festgestellt, daß Burps innerhalb zweier Monate 50 000 Liter reinen Spirit bei Weber abgeliefert habe. Dieser Spirit wurde allgemein als die Sendung „vom lieben Gott“ bezeichnet.

Die Anklage behauptet, daß Peters stets bemüht gewesen sei, die Strafverfolgung Rubens zu vereiteln und auch Spirit für ihn freigegeben habe. Peters bestreitet dies. Die Aussagen der Zeugen gestalten sich aber nicht wenig belastend.

Der Zeuge Rascheltz hatte in der Frankstraße Räume erworben, die Ruben nicht freimachen wollte. Als ihm das beständige Hin und Her der Häuser mit Spirit verdächtig vorkam — es wurden wöchentlich etwa 50 000 Liter Spirit zugeführt, die unter keinen Umständen in der Wollschmiedefabrik Rubens oder in seinem Laboratorium verarbeitet werden konnten — machte er zuerst Anzeige bei den Behörden, dann bei Peters selbst. Als dies alles keinen Erfolg hatte, ließ er ein Faß Spirit durch einen Schuttmann beschlagnahmen. Darauf wurde er zweimal zu Peters geladen. In Anwesenheit Rubens wurde auf ihn eingeredet, er möge doch seine Anzeige zurücknehmen, was er schließlich auch tat. In seinem Bericht nannte dann Peters den Rascheltz einen schlecht beleumundeten Menschen, der nicht in der Lage gewesen sei, seine Beschuldigung aufrechtzuerhalten. Anlässlich gestattete sich die Vernehmung des Rubenschen Arbeiters. Ruben war von den zu erwartenden Revisionen stets unterrichtet. Dann wurde Theater gemacht. Es wurden Arbeiter ausgeschieden und der Betrieb in Gang gebracht. Dehlschläger selbst mußte stets die Fabrikräume verlassen, damit er nicht höre, was gesprochen wurde. Der Angeklagte Beyer fügt zu dieser Aussage hinzu, daß, als er bei einer Revision seine Zweifel darüber äußerte, ob die Spiritprobe wirklich Spirit sei, der Regierungsrat Eilers ihm erwiderte: „Danon verstehen Sie nichts.“

Interessantes wissen auch die Kaufleute Freudrich und Philipp über Peters zu erzählen. Gegen den ersteren hatte Peters in Verbindung mit einer ausgehobenen Geheimdenkerei Ermittlungen zu machen. Bei dieser Gelegenheit soll Peters ihm nahegelegt haben, daß er einen Bekannten habe, nämlich den Apotheker Ruben, der Freudrich Spirit liefern könne. Bei einer Zusammenkunft habe dann Ruben sich wirklich angeboten, ihm 25 000 Liter reinen Spirit monatlich zu liefern. Bei einer zweiten Zusammenkunft schlug Ruben vor, eine neue Gesellschaft zur Erlangung eines Spiritkontingents zu bilden. Freudrich führte dem Ruben seinen Bekannten Philipp zu. Der Vertrag wurde geschlossen. Als aber dann Ruben plötzlich von der Bildfläche verschwand, wollte Philipp seine 2500 M. Notariatskosten zurück haben. Da er Peters Rolle in der Sache kannte, besuchte er ihn immer wieder in dessen Amtskabinett, gab ihm zu verstehen, daß die Geschichte für ihn brenzlich werden könnte, endlich bei ihm Geld und Kredite schließlich selbst vor Erpressungen nicht zurück, so daß Peters ihm den entsprechenden Strafgesetzbuchparagrafen vorlas. Die Verteidigung versucht die Aussagen dieses unangenehmen Zeugen zu entkräften.

Gefahren für das Pflegepersonal und ihre Vorbeugung.

Im Rahmen der Vortragsreihe, die der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anlässlich der Reichsgesundheitswoche im Vortragsaal der Hygiene-Ausstellung am Kaiserbaum veranstaltete, sprach Gen. Stadtrat Dittmer-Kreuzberg vor zahlreichem, meist fachlich interessiertem Publikum über das Thema: „Die öffentliche Gesundheitspflege und die dazu notwendige Ausbildung des Pflegepersonals“. In seinem ausführlichen Referat ging der Redner auf die Notwendigkeiten der systematischen Berufsausbildung des Personals und die mögliche Herabminderung der Infektionsgefahr wie der Hebung des Hygienestandards des Gesamtbetriebs ein. Wie heute noch ist die Gefahr der Ansteckung eine erhebliche. Noch immer kommen über 10 Proz. Tuberkuloseinfektionen des Pflegepersonals in den betreffenden Stationen der Krankenhäuser vor. Eine Schwesterorganisation hat sogar 25 bis 33 1/2 Tuberkuloseopfer unter der Schwesterenschaft statistisch festgestellt. Unbedingt erforderlich für die Widerstandsfähigkeit des angestregten Personals ist die Aufrechterhaltung der Arbeits- und Arbeitszeiten. Hier haben die Berufsverbände z. T. versagt. Die Arbeitsregelung liegt sehr im Argen. Warum hat das Pflegepersonal nicht die wesentliche Vergünstigung der Unfallversicherung? Der berufliche Kampf darum ist bislang vergeblich gewesen. Der Redner ging dann auf das sogenannte Jenerer Programm der sozialistisch-fortschrittlichen Kreise ein (reichsweite zweijährige systematische Ausbildung des Personals, Gleichstellung der weib-

lichen und männlichen Dienstkräfte, materielle Erleichterungen, Spezialausbildung auf der Basis guter Allgemeinbildung) und betonte, daß die politische Reaktionsbewegung leider manches bisher Erreichte wieder zunichte gemacht hätte. Mit einem intensiven sozialen Bekenntnis und nochmaliger demonstrativer Hervorhebung des Achtstunden-Arbeitsprinzips schloß der Redner seinen lehrreichen Vortrag.

Berliner Gefangenenfürsorge.

Die Berliner Gefangenenfürsorge, die auf eine 15monatliche erfolgreiche Tätigkeit zurückblickt, hielt ihre Generalversammlung ab. Die Bedeutung dieser Versammlung liegt u. a. darin, daß der gesamte Rechtsausschuß des Preussischen Landtags anwesend war. In seinen einleitenden Worten skizzierte der Präsident des Strafvollzugsamtes Dr. Findenburg kurz die Aufgaben der Gefangenenfürsorge. Die Stadt Berlin bringt übrigens in der letzten Zeit diesem Arbeitsgebiet mehr Verständnis entgegen wie früher. Verständnis bedeutet aber Geld. Der Geschäftsbericht erschloß manche interessante Tatsache. Die Zahl der Anmeldungen von Entlassungen, die im Januar d. J. 525 betrug, stieg im Dezember auf 655. Vom 1. April bis zum 31. Dezember gab es im ganzen 3210 Anmeldungen. Neben zwei Beamtenfürsorgern arbeiten in der Betreuung der Entlassenen eine ganze Reihe von freiwilligen Helfern, die von den freien Wohlfahrtsinstitutionen zur Verfügung gestellt werden. Die guten Beziehungen zum Landesarbeitsamt ermöglichen eine Unterbringung in 1289 Fällen. Mit dem Winter und der Arbeitslosigkeit erstanden die größten Schwierigkeiten für die Arbeit der Gefangenenfürsorge. Die Hilfe bestand in Unterbringung in Heimen, in Verleihung von Ernährungsstellen, Kleider-, Fahrkarten usw. In 799 Fällen wurde die Arbeitsentlohnung der Gefangenen, im ganzen in der Höhe von 9443 M. an die Fürsorgestelle überwiesen. In der Arbeiterstelle herrschte die Tendenz, persönliche Fühlung mit den Klienten zu erlangen und wenn irgend möglich, ihren Wünschen gerecht zu werden. Keuchardt fühlbar machte sich der Mangel an den nötigen Mitteln. Die Fürsorgestelle bildete in der Regel eine Durchgangsstation. Die Betreuung selbst wurde von den Bezirksämtern bewerkstelligt. — Oberstaatssekretär Bolenz setzte sich in seinem Referat ausführlich mit dem neuen Buch von Dr. Margarete Sommer über den Strafvollzug und die Fürsorge der Gefangenen auseinander. In der Diskussion wurden die beiden Gesichtspunkte, die in der Gefangenenfürsorge einander gegenüber stehen, herausgearbeitet. Dr. Ulrich vertrat den Standpunkt, daß der freien Wohlfahrt wie auch der öffentlichen außerhalb des Gefängnisses die hauptsächlichste Rolle bei der Entlassenenhilfe zu spielen habe. Präsident Dr. Tinteburg bemerkte dagegen, daß die Fürsorge in erster Linie im Gefängnis vor sich gehen müsse und daß von hier aus dann auch die Betreuung nach der Entlassung erfolgen müsse. — Es wird nicht zu bestreiten sein, daß jeder Standpunkt manches für sich hat und daß die Zusammenfassung beider wohl das Richtige sein wird. Ministerialrat Genosse Dr. Siegfried Rosenfeld regte eine große Kundgebung an, die zur Aufgabe hätte, die breiten Massen der Bevölkerung auf die so wichtigen Probleme der Gefangenenfürsorge zu lenken.

Ein neues Berufsamt im Bezirk Mitte.

Die Bezirksämter Mitte, Prenzlauer Berg und Weihensee haben gemeinsam ein neues Berufsamt eröffnet. Die Räumlichkeiten, in der Neuen Schönhauser Straße 1 gelegen, sind erneuert und geschmackvoll ausgebaut worden. Die Beratung von Jungen und Mädchen ist getrennt, in jeder Abteilung sind außer den für die Berufsberater wichtigen Anschauungsgegenständen eine Reihe von Berufen anschaulich durch Modelle dargestellt. Die Räume sind von heute ab für die Berufsberatung geöffnet. Bei der Eröffnung der Räume wies der Bürgermeister Schneider und Stadtrat Schmalz auf die Schwierigkeiten hin, diesen jungen Zweig kommunaler Tätigkeit zur Zufriedenheit der Bevölkerung auszubauen. Immer wieder mußte die eingerichtete Beratungsstelle umziehen in neue Räume, und erst dem vereinten Bestreben der drei Bezirksämter war es möglich, in so großzügiger Weise die Beratungsstelle neu aufzubauen. Das Anschauungsmaterial muß aber noch gründlich gesichtet werden. In dem Kasten des Gärtnershandwerks findet man noch einen alten Reichs-Adler mit dem Spruch „König H. W. Für Kaiser und Reich“, nur die Kaiserkrone ist vermischt vom Kopfe des Adlers abgebrochen. In dem Kasten Uniformstücke werden kaiserliche Adler mit Königstrone gezeigt. In unterhalb der Uniformstücke findet man eine Abbildung von Paukenbeschlagen mit der Ueberschrift „Paukenbeschlagen des königlich sächsischen Karabinier-Regiments“, und darunter „gestiftet von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar“. Was hat nun solcher Trödel mit der Berufsberatung zu tun?

„Vorbeugungsmittel“.

In verschiedenen kleineren Konditoreien des Westens der Stadt, welche hauptsächlich von Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, nach Absolvierung des täglichen „Lauenshummels“ besucht werden, erscheint regelmäßig ein mit schöbiger Eleganz gekleideter Händler, der den in verschwiegenen Nächten stehenden jugendlichen Mädchen Heftplaster und Streichhölzer zum Kauf anbietet. Der Mann scheint bei der jugendlichen Kundschaft sehr beliebt zu sein und wird scherzhaft „Herr Sanitätsrat“ genannt. Dem aufmerksamen Beobachter bleibt es nicht verborgen, daß der „Sanitätsrat“ auch noch andere Artikel anpreist. Unter größten Vorsichtsmahregeln, damit kein Unbedenkliches er hört, bietet er den jungen Mädchen „Vorbeugungsmittel“ im Koffer zum Kauf an, und gibt dazu gleich gratis „sexuelle Aufklärung“. Anscheinend macht der Mann mit dem zweiten Handelsartikel ein gutes Geschäft, da seine „Vorbeugungsmittel“ zu teuren Preisen augenscheinlich von der jugendlichen Kundschaft gern gekauft werden. Dem sauberen Gesellen sollte baldigst das Handwerk gelegt sein.

Spielplätze für die Jugend!

Aus dem Norden Berlins wird uns geschrieben: Das Bezirksamt Prenzlauer Tor scheint eine besondere Vorliebe für altpreussische Sitten zu haben. Es baut Spielplätze in der Schönhauser Allee, schießt sie dann ab und verbietet den Kindern der Anwohner das Betreten derselben. Während der Ferien liegen die riesigen Plätze gänzlich unbenutzt da, die Jugend aber bevölkert die Straßendämme und schleudert Bälle verschiedenster Art den Passanten in die Ohren, jeden Augenblick in Gefahr, im blinden Eifer des Ballspiels von einem Auto überfahren zu werden. Ab und zu taucht ein „Grüner“ auf und konstatiert den nächst erreichbaren Ball. Zur Vereine und Schulen unter verantwortlicher Leitung haben Zutritt zu den Plätzen. Wenn Spielplätze ihren Zweck erfüllen sollen, müssen sie den Kindern der Anwohner offen stehen, damit die Kinder den Gefahren der Straße entzogen sind. Der alte „Ezer“ war dem Bewohnern der Schönhauser Vorstadt in gesundheitlicher Beziehung wertvoller als die jetzt vorhandenen modernen Sportplatzanlagen. Wenn diese unserer Jugend verschlossen bleiben, ist das aufgewendete Geld (zirka 1/2 Million) jämlich nutzlos veran. Hiergegen werden die Eltern der ausgesperrten Kinder energischen Protest erheben.

Merkwürdiger Sonntagverkehr.

Man schreibt uns: Zu der bestbesetzten Ausflugsgegend in der weiteren Umgebung Berlins gehört die von Freienwalde und Falkenberg. Die Eisenbahnverwaltung erkennt dies auch an, indem sie für die genannten Orte ermäßigte Sonntagsfahrkarten ausgibt. Weniger bekümmert sie der Rücktransport der Ausflügler, die die Wahl haben, entweder bereits am frühen Nachmittag um 4 1/2 Uhr, oder erst am späten Abend um 10 1/2 Uhr die Rückreise anzutreten. Dazwischen

erfiziert nichts, da zwei Wochentags verkehrende Abendzüge ausgerechnet am Sonntag ausfallen. Dabei besteht auf der Strecke Freienwalde-Eberswalde Triebwagenverkehr, so daß leicht ein Zug einzulegen wäre. Die Ausflügler müssen also entweder vorzeitig den Aufenthalt im Freien abbrechen oder aber nach Einbruch der Dunkelheit noch zwei bis drei Stunden in Lokalen auf den Zug warten. Besteres soll übrigens nach Ansicht Einheimischer der Zweck der Uebung sein.

Schlägerei zwischen Wirt und Gästen.

Zwei Gäste schwer verletzt.

In der Dandelmannstraße 43 zu Charlottenburg geriet gestern abend im Lokal von Demulat mehrere Gäste mit dem Wirt in Streitigkeiten, in deren Verlauf einige Gäste über den Wirt herfielen und ihn durch Westliche schwer verletzten. In der Notwehr griff Demulat zur Schußwaffe und verletzte zwei Gäste. Das herbeigerufene Ueberfallkommando schritt ein und nahm einen großen Teil der Gäste mit zur Wache.

Erdgeschoss und erster Stock.

Gegenjähliches auf der Hygieneausstellung.

Ein großer Teil der Kräfte auf der hygienischen Ausstellung ist in den „Streik“ getreten, verweigern Kunststoffe, Erklärungen, Ehemalige Schwangerschaftsberatungen, weil im Erdgeschoss der Ausstellung mit dem fröhlichen Spruch: „Hopfen und Malz, Gott erhalte!“ der Restaurationsbetrieb fleißig verderblichen Alkohol auschenkt, diemal im ersten Stock man über die zerstörenden Wirkungen des Alkohols entsehlige Bücher zu lesen bekommt und täglich für das Gemeindebestimmungsrecht Propaganda gemacht wird. Zwischen beiden habenden Parteien im Erdgeschoss und ersten Stock steht als Schuppapiron mit einem „für- und- wider“-Sprüchlein — Altmeyer Goethe. Armer, gebuldiger Dichter!

Berichtigung der Stadtbezirksgrenzen.

Der Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die zahlreichen politischen Kundgebungen und Zusammenkünfte auf dem Potsdamer Platz eine Berichtigung der Polizeigrenzlinien vorgenommen und die Stadt gebeten, nachträglich eine entsprechende Berichtigung der Stadtbezirksgrenzen eintreten zu lassen. Der Magistrat hat das Bezirksamt Mitte um Stellungnahme zu diesem Vorschlage angefordert. Das Bezirksamt hat jetzt der Bezirksversammlung eine dringliche Vorlage unterbreitet, in der es heißt: Die Uebertragung der Bezirksgrenzen nach dem Vorschlage der Polizei, von der die Bezirke Mitte, Tiergarten und Kreuzberg betroffen werden, würde für den Bezirk Mitte zur Folge haben, daß die bisher zum Bezirk Tiergarten gehörenden Grundstücke Friedrich-Ebert-Straße 2 bis 10, Bellevuestraße 1 bis 2 und 21 bis 22 und Potsdamer Straße 1a, sowie das Gelände des Potsdamer Bahnhofs bis zur Königin-Augusta-Straße uns zufallen würden. Da die Grenzänderung dem vom Magistrat wie vom Bezirksamt vertretenen Grundbesitz größtmöglicher Wahrung der Kongruenz der örtlichen Zuständigkeit innerhalb der städtischen und der Polizeiverwaltung entspricht, hat das Bezirksamt beschlossen, der Anregung des Polizeipräsidenten stattzugeben. Zudem ist die bisherige Grenze eine unnatürliche; die Westseite des Potsdamer Platzes und des Bahnhofsgeländes gehören organisch zur Mi-Berliner City und bilden ihren richtigen Abschluß. Der Einwand, daß dann auch die Potsdamer- und Bellevuestraße dazu gehören müßten, geht fehl. Westlich des Potsdamer Platzes behält zwar die Hauptstraße ihr geschlossenes Aussehen, jedoch beginnen schon gleich hinter dem Potsdamer Platz die Tiergarten-Wohnströme (Margaretenströme), die der Gegend ihren Charakter verleihen, im Gange zu sein. Im Interesse einer einheitlicheren und abgerundeteren Gestaltung der Bezirksgrenze hält das Bezirksamt es für erwünscht, wenn auch das Grundstück Bellevuestraße 1, Ecke Friedrich-Ebert-Straße 1, dem Bezirk Mitte überwiesen wird, und hat daher bei der Polizei darauf hingewirkt, daß sie auch dieses Grundstück dem Polizeibeir Mitte zuteilt, was inzwischen geschehen ist. Das Bezirksamt hat daher die Bezirksversammlung erucht, zu beschließen: Die Bezirksversammlung Berlin-Mitte stimmt gemäß dem Antrage des Herrn Polizeipräsidenten der Neuverteilung der Bezirksgrenzen in der Umgebung des Potsdamer Platzes einschließlich der Zuteilung des Grundstücks Bellevuestraße 1, Ecke Friedrich-Ebert-Straße 1, an den Bezirk Mitte zu.

Ein neuer Straßenbahn-Benzoltriebwagen.

Auf der Linie 120 der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G.m.b.H. Spandau-Hennigsdorf wurde ein neuer Benzoltriebwagen in Dienst gestellt, der sich von den beiden bisher im Betriebe verwendeten mehrfach unterscheidet. Der neue Wagen gleicht in seinem Aussehen den neuen Berliner Triebwagen; er bietet 24 Sitz- und 28 Stehplätze. Während die älteren Wagen an jedem Ende einen Kühler am Motorende besitzen, ist der neue Wagen mit nur einem Kühler am Rotorende ausgerüstet, so daß der motorlose Führerstand von Einbauten für Kühler und Luftführung freibleibt. Der neue Wagen ist durch ruhigen Lauf, weiche Fäherung und Geruchfreiheit ausgezeichnet.

Werbewoche für Jugendherbergen.

Der Verband für Deutsche Jugendherbergen, dessen erfolgreiche Arbeit im Dienste an der heranwachsenden Jugend allgemein bekannt ist, veranstaltet, um sein Werk fortsetzen zu können, in der Zeit vom 9. bis 16. Mai d. J. eine Werbewoche, in deren Rahmen im Berliner Rathaus, Königstraße, eine Jugendmesse „Arbeiten aus der Jugendbewegung“ stattfindet. Es soll hier versucht werden, zusammenfassend die Arbeiten unserer Jugend zu zeigen. Wir hoffen, daß diese großzügig gedachte Ausstellung und Messe recht rege besucht und besucht werden wird, damit sie ihr hohes Ziel, zu zeigen, was unsere Jugend trotz der schweren wirtschaftlichen Notlage schafft, auch erreicht. Umrahmt soll diese Messe von Vorträgen, Volkstanzabenden und ähnlichem werden. Die vorbereiteten Arbeiten hat die Hauptwanderanstaltstelle Berlin G, Poststraße 17, übernommen.

Schlechte Aussichten für den Wohnungsbau.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. teilt mit, daß sie aus dem voraussichtlich zur Förderung des Neubaus verfügbaren Anteil des Hauszinssteueraufkommens den Bau von ca. 9000 Wohnungen in Aussicht genommen und die Beilegung mit Hauszinssteuerhypotheken bereitgestellt hat. Da außerdem noch Anträge für über 10 000 Wohnungen vorliegen, ist es nicht möglich, für die nächste Zeit noch weitere Anträge in Betrachtung zu nehmen. Sobald ein höherer Anteil aus dem Aufkommen verfügbar ist und weitere Beilegungen vorgenommen werden können, werden entsprechende Benachrichtigungen ergehen.

Vorgartenprämierung Berlin 1926.

Die „Bezirksgruppe Groß-Berlin der Gartenausführenden im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues G. B.“ wird in diesem Sommer zum ersten Male einen Vorgartenwettbewerb durchzuführen. Die Prämierung wird sich auf alle Stadtbezirke erstrecken. Den ehrenamtlich tätigen Kommissionen, die auf Grund mehrmaliger Besichtigungen die Prämierungsvorschläge zu machen haben, wird in jedem Bezirk ein städtischer Gartenbeamter angehören. Als Preise werden voraussichtlich eine größere Anzahl künstlerisch ausgeführter Chrenstrunden zur Verteilung gelangen. Für besonders gut gepflegte Vorgärten stehen Zusatzpreise zur Ver-

Ausfuhrsteigerung im März.

Eine Krisenerscheinung.

Die Außenhandelszahlen für den vergangenen Monat zeigen bei einer weiteren Berringerung der Wareneinfuhr eine sehr beträchtliche Ausfuhrsteigerung. Bekanntlich war während des ganzen Jahres 1925 (mit Ausnahme des Monats Dezember) die Ausfuhr dem Werte nach geringer als die Einfuhr; bei 12,43 Milliarden Mark Einfuhrwert ergab sich ein Ausfuhrwert von nur 8,80 Milliarden Mark, so daß ein Einfuhrüberschuß in Höhe von 3,63 Milliarden Mark vorlag. Im Dezember 1925 ist der Wert der Einfuhr, der im Monatsdurchschnitt 1925 noch 1036 Millionen Mark betrug, auf 758 Millionen gesunken, während die Ausfuhr mit 794 Millionen (gegen 733 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt) stark zugenommen hatte, so daß sich eine Mehrausfuhr in Höhe von 36 Millionen Mark ergab.

Im neuen Jahr hat sich die entgegengesetzte Bewegung von Ein- und Ausfuhrzahlen noch weiter verstärkt:

	Warenwerte in Millionen M.		
	Einfuhr	Ausfuhr	Mehrausfuhr
Januar	707	794	87
Februar	682	763	121
März	645	923	278

Diese Steigerung der Ausfuhr bei zurückbleibender Einfuhr ist im Kern nichts anderes als eine Krisenerscheinung. Der mangelnde Inlandsabsatz zwingt die Unternehmungen dazu, in ihren Preisforderungen so weit wie nur irgend möglich herunterzugehen, um durch verstärkten Auslandsabsatz den Verlust des Inlandsmarktes wenigstens teilweise auszugleichen. Bekanntlich wird dabei in wachsendem Umfang zu niedrigeren als den Inlandspreisen verkauft. Diese Tatsache, die wegen ihrer Folgen für die Inlandswirtschaft und die Handelspolitik des Auslands natürlich sehr unerfreulich ist, läßt keine reine Freude über die Vermehrung der Auslandsverkäufe aufkommen. Bei entsprechenden Preisermäßigungen im gesamten Inlandsgeschäft wäre der gesamte Volkswirtschaft (und damit auch letzten Endes den exportierenden Unternehmungen) weit besser gebient, als bei einer derartigen „Dumpingausfuhr“, die sich auf die Dauer ihr eigenes Grab gräbt.

Andererseits ist auch die Tatsache, daß die Einfuhr stark nachgelassen hat, nicht so unbedingt erfreulich, wie es vielfach dargestellt wird. Soweit es sich um die Fertigwareneinfuhr handelt, die allerdings nur ein Sechstel bis ein Siebtel der Gesamteinfuhr darstellt, beruht die Verringerung in erster Linie auf dem Rückgang der Verbrauchsfähigkeit des gesamten Volkes, weniger darauf, daß der Anteil der deutschen Produktion an der Gesamtversorgung zugenommen hat. Ganz falsch wäre es, die Auswirkungen des „Zollschutzes“ dafür verantwortlich zu machen, daß der Einfuhrbedarf geringer geworden ist.

Der Rückgang der Rohstoffeinfuhr — von 523 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt 1925 auf 378 bzw. 334 und 332 Millionen Mark in den letzten drei Monaten — beruht darauf, daß bei geringerer Produktion der Rohstoffbedarf erheblich zurückgegangen ist. Wahrscheinlich ist aber die augenblickliche Einfuhr sehr viel niedriger, als der laufend weiter bestehende Bedarf, d. h. mit anderen Worten: die Wirtschaft zehrt heute in großem Umfang von den Vorräten, von der Vorversorgung, die während des ganzen Jahres 1925 (und besonders in den Monaten vor der Zollserhöhung) stattgefunden hat. Auf die Dauer wird sich eine derartige Zurückschneidung der Rohstoffeinfuhr gar nicht durchführen lassen. Vorläufig aber bedeutet die geringere Einfuhr eine entsprechende Berringerung des Devisenbedarfs und auch ein Nachlassen des Bedarfs an Auslandskapitalen, wie es ja in den letzten Monaten schon deutlich erkennbar geworden ist.

Wichtige Verhältnisse wie bei der Rohstoff- und Fertigfabrikateinfuhr — geringere Konsumfähigkeit, Zehren von der Bevorratung aus 1925, geringere Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industrien wegen Abnahmangel — bilden auch die Ursache bei der Abnahme der Einfuhr von Lebensmitteln. Gegenüber einer durchschnittlichen Monateinfuhr im Wert von 336 Millionen Mark im Jahre 1925 zeigt sich hier in den drei letzten Monaten eine Abnahme auf 224, 227 und 220 Millionen Mark.

Bei der Ausfuhr ist naturgemäß der Posten „Fertigwaren“ von überragender Bedeutung, auf den etwa 70 bis 75 Proz. der gesamten Ausfuhr entfallen. Hier liegen nun auch die großen Steigerungen der letzten Monate gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt (552 Millionen je Monat) auf 568 Millionen im Januar, 564 Millionen im Februar und 686 Millionen im März. Die Fertigwarenausfuhr in diesem Monat war also um fast 25 Proz. höher als im Monatsdurchschnitt des Vorjahres! (Und sogar um fast 30 Proz. höher als im entsprechenden Monat, also im März 1925.) Da die größten Steigerungen gerade vom Februar zum März eingetreten sind (wobei sogar die „Rekordhöhe“ der Ausfuhr vom Oktober 1925 mit 646 Millionen noch um 40 Millionen überschritten wurde) interessiert vor allem ein Vergleich der Zahlen dieser beiden Monate. Die größten Ausfuhrsteigerungen gegen den Vormonat sind bei Textilwaren zu verzeichnen (insgesamt mehr 32,4 Millionen, wovon Baumwollwaren 11,5 Millionen, Wollewaren 5,9 Millionen), danach bei Holzwerkprodukten und Eisenwaren (Mehrausfuhr 18,8 Millionen) und bei Maschinen (12,3 Millionen Mark). Wie übrigen wichtigen Ausfuhrwaren zeigen entsprechende und (prozentual) fast gleichmäßig hohe Steigerungen, so Farben, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische Produkte, Pelzwaren, Papierwaren, Leder, Schuhwerke, Glas, Kupferwaren usw.

Auch die Ausfuhr an Rohstoffen und Halbfabrikaten hat sich noch weiter erhöht (von 137 Millionen im Monatsdurchschnitt 1925 auf 159, 187 und 190 Millionen Mark), wobei chemische Holzprodukte und Textilhalbfabrikate (Garne) besonders stark beteiligt sind. Die Ausfuhr von Rohle (ohne Reparationslieferungen) hat ein wenig nachgelassen. Uebrigens ist die deutsche Kohlenausfuhr zurzeit der Menge und dem Werte nach fast dreimal so groß wie die Einfuhr — was auf die Klagen über die „Meberschwemmung“ mit Auslandskohle ein bezeichnendes Licht wirft!

Bedingt bei Lebensmitteln und Getränken ist die Ausfuhr gegenüber den letzten Monaten noch geringer geworden. Der Rückgang entfällt aber fast ganz auf die Berringerung der Getreidausfuhr, die jetzt nachläßt, weil — bei der allmählichen Erschöpfung der Vorräte aus alter Ernte — der Inlandsbedarf bei steigenden Preisen wächst. So muß jetzt das Getreide, das infolge der künstlichen Exportförderung (im Einfuhrschematism) während der letzten Monate ins Ausland verkauft worden ist, wieder zurückgewonnen werden!

Diskontothekabteilung in New York. Die Federal Reserve Bank von New York hat den Diskontsatz von 4 Proz. auf 3½ Proz. erniedrigt. Sie trägt damit der seit Februar erfolgten Reinigung der Konjunktur- und Börsenlage Rechnung, die sie durch die Diskontenerhöhung vom 8. Januar von 3½ auf 4 Proz. vorbereitet hatte. Gegenüber Deutschland bedeutet die Herabsetzung eine Erweiterung der Diskontspanne, die der langfristigen Kapitalübertragung nach Deutschland förderlich sein dürfte.

Konzentration.

Zusammenschlußbestrebungen in der schwedischen Eisenindustrie.

Die Krise der internationalen Eisenindustrie ist auch an Schweden nicht spurlos vorüber gegangen. Auch dort wird seit langem mit stark gedroffelter Produktion gearbeitet. Von den vorhandenen Hochofen sind nur 38 oder 30 Proz. in Betrieb. Kein Wunder, daß auch in Schweden der Gedanke der Rationalisierung stark in den Vordergrund trat. Wie bei uns soll die Rationalisierung der Produktion mit dem Zusammenschluß wichtiger Eisenwerke beginnen.

Ein unparteiisches Komitee legte nach längerer Beratung einen Verschmelzungsantrag vor, der vom schwedischen Eisentor (Järnkontoret) unter Hinzufügung weiterer Vorschläge gebilligt wurde. Der Zusammenschluß soll in der Form vor sich gehen, daß das Werk Fragersta zu einer Art Hauptgesellschaft gemacht wird und die übrigen zum Zusammenschluß vorgeschlagenen Unternehmungen (Horsbäder, Hornadal, Kloster, Schebo, Smedjebaden und Kolsoo) von ihr übernommen werden. Das gesamte Aktienkapital der sieben Werke beträgt gegenwärtig rund 28 Millionen Kronen. Die Produktionsfähigkeit derselben stellt sich auf 120 000 Tonnen. Bei der vorgehabenen und durch den Zusammenschluß möglichen Spezialisierung der Produktion, Vermeidung jedes Verlaufs, Ersparnis von Verwaltungs- und Verkaufskosten usw. hofft man diese Ziffer bei guter Konjunktur noch wesentlich erhöhen zu können. Man erhofft bei der Durchführung der vorgeschlagenen Rationalisierungsmaßnahmen ferner eine Ersparnis von jährlich 2,8 bis 3 Millionen Kronen. Hierzu würde noch eine wesentliche Zinsverringerung treten, wenn der Staat die erhoffte Finanzierung des neuen Unternehmens vornimmt.

Die sieben Einzelwerke arbeiten jetzt mit einer großen Quote von Leihkapital, die sich zum eigenen Kapitalfonds wie 7 zu 3 verhält, wodurch eine hohe Vorbelastung der Produktion besteht. Diese Katastrophe will man vermeiden, indem der schwedische Staat einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Kronen zu billigem Zinsfuß, rückzahlbar in 20 bis 30 Jahren, gewähren soll. Diese Summe soll zum großen Teil dazu verwendet werden, die Bankschulden abzulösen. Die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu dem Staatskredit steht indessen noch aus.

Der Zusammenschluß der größeren schwedischen Eisenwerke bildet ein Gegenstück zu den Verschmelzungen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in Oberschlesien und an der Ruhr. Ferner kann man in ihm eine Vorbeugungsmaßnahme sehen, in den internationalen Eisenartellen eine bessere Eingliederung zu erreichen.

Der Reichshaushalt im März 1926. Der Bericht des Reichsfinanzministeriums über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse für März 1926 zeigt Einzahlungen an Steuern, Zöllen, Abgaben und sonstigen auf 451,8 und Auszahlungen für die Reichsverwaltung (einschließlich Kriegslieferungsausgaben und 100 Mill. für Reichsbahnvorzugsaktien), Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden (165,8 Mill.) sowie Reparationszahlungen (36,2 Mill.) von insgesamt 690,3 Mill. Der Zuschußbedarf beträgt somit 238,5 Mill. Für die zwölf Monate April 1925 bis März 1926 stehen 7178 Mill. Einzahlungen 7641 Mill. Auszahlungen gegenüber, so daß sich ein Zuschußbedarf von rund 463 Millionen Mark ergibt. Dazu erklärt das Reichsfinanzministerium, daß dieser Zuschußbedarf nur fassenmäßig, nicht haushaltsmäßig sei. Für die Mehrauszahlungen seien die Mittel bereits durch den Haushalt

für 1924 bereitgestellt; nur die Herausgabe sei 1925 erfolgt. Für den Haushalt werde sich voraussichtlich kein Fehlbetrag ergeben.

Mobilisierung von Aufwertungshypothesen. Das Berliner Bankhaus Hardt u. Co. hat in Gemeinschaft mit drei New Yorker Banken ein neues Bankunternehmen in New York gegründet (International Mortgage and Investment Co.) zu dem Zweck, mit amerikanischem Kapital deutsche Aufwertungshypothesen anzukaufen. Bekanntlich werden die Aufwertungshypothesen erst nach mehreren Jahren fällig. Die hinter ihnen stehenden Forderungen der Hypothekengläubiger können nicht realisiert werden. Das ist der Punkt, wo die amerikanischen Banken ansetzen, um aus dem Interesse der Hypothekengläubiger Gewinn zu schlagen, den Geldwert ihrer Forderung sofort in die Hand zu bekommen. Da das praktische Ergebnis ausländische Kapitalzufuhr ist, die im Inland entweder die Kaufkraft oder den Kapitalmarkt sofort erweitert, ohne die Hypothekenschuldner zu belasten, wird man die Neugründung begrüßen dürfen. In Frage kommen erstklassige Aufwertungshypothesen, bei denen die Aufwertungsverhältnisse bereits einwandfrei geklärt sind. Die Gesellschaft hat ein Kapital von 5 Millionen Dollar, wovon zunächst 1½ Millionen fest von den beteiligten Banken übernommen sind.

Die Verzinsung von zwölft gezahlten Steuern. Auf Grund einer Anregung des Reichs werden jetzt auch die meisten Länder eine Verzinsung zwölft gezahlter Steuern einführen. In Preußen und mehreren anderen Ländern sind die Vorlagen für die gesetzgebenden Körperschaften bereits ausgearbeitet. Es wird vorgezogen, daß zwölft gezahlte Steuern bis zum Termin der Rückzahlung vom 1. April 1926 ab, wie wir hören, mit 5 Proz. jährlich verzinst werden. Eine Verzinsung von einem früheren Termin ab kommt nicht in Frage. Von Seiten der zuständigen Stellen der Landesregierungen dürfte man in der nächsten Zeit auch an die Kommunen herantreten, daß diese ebenfalls eine Verzinsung für die von ihnen zwölft erhobenen Steuern einführen. Auch hier ist eine Rückwirkung vom 1. April ab vorgezogen.

Neue Industrie- und Stadtanleihen. Der Staat Hamburg hat in New York ein Darlehen von 5 Mill. Dollar zu 5½ Proz. in Form von Schatzscheinen aufgenommen. Der Magistrat der Stadt Köln hat nunmehr unter den Angeboten bezüglich seiner beabsichtigten 30-Mill.-RM.-Anleihe entschieden. Die Anleihe wird zu 94,25 Proz. bei 6½prozentiger Verzinsung aufgenommen. Ein Bankentfortium unter Führung der Commerz- und Privatbank wird in den nächsten Tagen 3 Mill. RM. Sprozentige, hypothekensicherliche Teilschuldverschreibungen der Sackbarinfabrik A.-G. vorm. Fahlberg, Witt u. Co., Magdeburg, zu 93 Proz. zur Auslegung bringen. Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat das Angebot des Bankentfortiums unter Führung der Frankfurter Bank auf Übernahme der 6 Mill. RM. Sprozentiger Anleihe zum Auszahlungstermin von 82,15 Proz. angenommen. Die Bayerische Girozentrale beabsichtigt die Aufnahme einer Inlandsanleihe in noch nicht festgelegter Höhe. Die Preussische Zentralbodenkredit-A.-G. hat der Stadt Breslau ein Darlehen von 21 Mill. RM. gegeben, das zur Unterlage für Sprozentige Goldpfandbriefe dienen soll. Vom gleichen Institut wurde ein Darlehensvertrag mit der Stadt Halle über 5 Mill. Reichsmark abgeschlossen, auf Grund deren ebenfalls Sprozentige Kommunalobligationen auszugeben werden.

Um die Freigabe des deutschen Eigentums in Ägypten. Der Bund der Auslandsdeutschen teilt mit: Am 13. Februar 1926 ist eine Bekanntmachung des Public Custodian of Enemy Property in Kairo ergangen, die die allgemeine Freigabe des deutschen Privateigentums in Ägypten vorsieht, soweit es nicht bereits liquidiert, verkauft oder abgetreten worden ist, oder der Public Custodian in anderer Weise darüber verfügt hat. Ausgenommen von der Freigabe ist das Eigentum, das den Gegenstand schwebender Prozesse bildet, an denen der Public Custodian als Partei oder in sonstiger Weise beteiligt ist.



Während der Arbeit

sind Wrigley P. K.-Kau-Bonbons von hervorragender Wirkung. Sie beruhigen die Nerven, beseitigen das Durstgefühl und geben stundenlang einen erfrischenden Wohlgeschmack.

Ein vorzüglicher Ersatz in Räumen, in denen das Rauchen nicht zulässig.

Als ein erprobtes Mittel zur gründlichen Reinigung und zur Erhaltung der Zähne werden Wrigley P. K.-Kau-Bonbons von Aerzten und Zahnärzten vielfach empfohlen.

Das kleine Päckchen, das nur 10 Pf. kostet, lässt sich bequem in der Westentasche tragen.

Päckchen—4 Stück—10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY
KAU-BONBONS
PK
WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M.

38
PRO TAG FÜR GUTE GESUNDHEIT

- Kruschen-Salz** erhält die Gesundheit und reinigt das Blut.
- Kruschen-Salz** hält Leber und Nieren in guter Ordnung.
- Kruschen-Salz** sorgt für gutes Funktionieren des Stoffwechsels.
- Kruschen-Salz** verhindert Ablagerungen und Schlacken, deren Folgen Rheumatismus, Gicht, Ischias sind.
- Kruschen-Salz** fördert die Verdauung und hält den Magen stets in guter Funktion.
- Kruschen-Salz** wirkt belebend und erfrischend auf den gesamten Organismus.

Deshalb nehmen Sie jeden Morgen eine kleine Messerspitze voll **Kruschen-Salz** in warmem Wasser, Kaffee oder Tee (nicht zu schmecken). Sie werden sich wohl fühlen. **Kruschen-Salz** wird Ihnen Energie und Lebensfreude verschaffen.

Kruschen Salz

In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

Beuthien & Schalts G. m. b. H., Berlin N 39, Fankatz, 13-14

Magenbeschwerden
alter Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
beseitigt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den Apotheken und Drogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel.
CORDOL
Weitere Verkaufsstellen weisen nach **C. Schmitzer & Co., Berlin-Wilmersdorf, Rebeisberger Strasse 2.** — Pilsnaburg 4074 und 3060.

Till Ulenspiegel ist wieder da.

Von Max Dortu.

Wie's kracht, die Erde spie ihn zum zweiten Male aus! Wen denn? Den Till, den Ulenspiegel!

Sehten Weichnachten hatte man ihn unter Schnee und Eis ja schon einmal in Deutschland gesehen, es war ihm aber damals bei 80 Grad Kälte zu unheimlich geworden; im Eulengebirge hatte der Till sich einen Bären eingefangen, und dann war er auf dem Bären gen Ralzburg geritten, seinen Kohltrabi trug er damals unter dem Arme, erst warf der Till dann zu Rölln seinen Kohltrabi ins Grab, und dann warf er sich selbst hinterdrein. Die Grabesplatte vermaßelte: Hier ruht Deutschlands größter Narr, gestorben 1413 und 1925.

Und nun ist er wieder da, der Till!
Ja, der Till, unser lieber Freund, der Ulenspiegel! Dort sehen wir ihn im Parke liegen. Auf dem grünen, grünen Grase liegt er, unter einem weißblühenden Magnoliabaum. Wir fragen, Till, warum liegst du denn unter den Blumen? Antwort: Doch keine Kürbisse auf den Kopf fallen, Blumenkörbe sind angenehmer als Hohlkopfsüsse. Bravo, Till!

Der Till springt auf, seine rotgoldene Narrentappe zieht er über den lahnen Schädel, ein Bein ist schwarz, ein Bein ist rot, sein Leibchen ist 'n Primelkehl. Till? Sein Antlitz wie 'ne Sonne, auf das sich aus Versehen mal der Mond mit seinem großen fleckigen Popo draufsetzte.

Till schüttelt sein Haupt, wie das Klingelt: Bimmelbimmel! Was machst du denn, Till? Ich mache Reklame für mich. Ei Till, das ist aber doch nicht schön, wenn du so für dich läufst. Na, aber Dumme, was läufst denn da über der Stadt? Der Kirchturm. Nun, wenn die Kirche ihre Glocken schüttelt, dann darf der Till seine Glocken auch schütteln.

Und der Till brach sich vom Benzbaume einen Zweig mit weißroten Magnoliablüten ab, und dann ging er in die Stadt: in die Stadt, die sich Sigtshude nannte.

Till ging ins Haus der Klugen. Die Klugen schauten auf Tills Magnolien, und sie fragten: Till, was bringst du uns denn da schönes? Ich bringe dir, ich will was holen, sagte der Till, geht mir eure Weisheit. Und die Klugen nahmen einen großen Suppenlöffel, damit schöpften sie aus der Leirne der Weisheit, und Till riß seine Schellentappe vom Kopfe: Blüte, die Weisheit hierherin! Und Till bedeckte sich wieder mit seiner Schellentappe, auf dem lahnen Schädel trug er nun die Weisheit.

Und mit seiner Weisheit ging der Till zu Martie, dort lehnte er sich auf den Brunnenrand. Und der Till begann, weise Sprüche zu beten. Da kamen über den Marktplatz her drei Würdige. Ungehört! Hüfteten die Dreie unter dem braunen Handschuh. Und der Würdige umher den drei Würdigen sprach: Herr Eulenspiegel, die Weisheit bringt man nicht auf den Markt. Gut, sagte Till, dann tragt ihr sie vom Markte fort, wir wollen tauschen. Und Till taufchte mit den Dreien seine Weisheit um Würde. Die Würde war 'n doppelter Ellenstab, den steckten die Dreie dem Herrn Eulenspiegel unter den Ärmel, und Till ging. Auf der Straße aber lag eine Kirche, 'ne schöne rote Kirche, Till wollte sich beugen, doch siehe, der Würdige im Rücken hielt ihn terzengerade. Ueber den Markt kamen zwei Gänse, die Kirche! hei, und schon verschwand die rote Kirche in einem gelben Gänsefchnabel. Da griff der Till unter den Ärmel, und über dem Knie zerflügel er seine Würde: Das wäre doch, rief er zornig, ich sollte weniger sein als die Gänse! Till ging in die Sängergasse, ins Haus der Dichter, die sahen in einem Kreise, der strahlte als Poetenlicht von der Decke herab, die Dichter sonnten sich in ihrem eigenen Lichte. Till griff dem einen Dichter in die Brusttasche, er drehte ihm den eillen Herzwirbel um, und siehe, das Licht erlosch, die Dichter sahen im Dunkeln. Da hielt der Till seinen Schellentapen über den Dichterkreis, und die Dichter sahen wieder im Hellen. Untern klingenden Schellentapen! Ein Hausknecht aber warf den Till Eulenspiegel dreifantig zum Fenster des Sängerbauers hinaus.

Da lag nun der Till auf der Straße, Hagend und ächzend, breit wie ein Pfannkuchen, der Sturz war tief gegangen.

Des Tages kam ein Gerechter. Hilf mir, du Gerechter, schrie der Till. Der Gerechte aber fragte: Wer bist du? Ich bin Deutschlands größter Narr! Schweigend ging der Gerechte seines Weges.

Da kam zu später Nachtstunde eine Hure beim klagenden Till vorüber. Die barmte sich des platten Pfannkuchens, sie hob den Till auf, sie trug ihn in ihr Haus, sie wusch ihm auf ihrem Bette die Wunden, mit Liebe küßte sie ihn wieder auf. Ein neuer Till ging frühmorgens aus dem Hause der Hure, die hieß Maria Rogdalen. Als aber die Stadt den Till aus dem Hause der Hure kommen sah, da rief die Stadt Sigtshude: Ei, so seht doch diesen Narren, er kommt aus dem Hause der Verworfenen.

Dem Till ward diese Stadt leid. Er ging vor die Stadt, wo die Wiesen grünen und die Gänse weiden. Und am Wiesengrün stand ein spitzes weißes Zirkuszelt. Der Zirkus hatte auch 'ne Renagerie. Aber Trauer war in der Zirkusrenagerie, gestern war Reg gestorben, Reg der Böwe, der Oberböwe des spitzigen weißen Wiesenzirkus. Till fing an zu brüllen. Hoho! sagte der Manager des Zirkus, da hätten wir ja 'ne neue Böwenstimme, und man handelte mit dem Till. Um drei Sigtshuder Dukaten wollte der Till für eine Woche lang den Böwen spielen. Und der Till schlüpfte in das Fell des Böwen. Und am Abend brüllte der Till aus seiner Haut, daß ganz Sigtshude wackelte. Da kam viel Volk zum Zirkus, jeder wollte den stimmgewaltigen Böwen hören, und alle Welt sagte: Ja, man merkt es an seiner Stimme, der Bui ist König der Wüste. Narren führen oft eine gewaltige Sprache!

Dem Till aber wurden seine Streiche über, er ward wieder alt, müde ward er, und der Böwe Till Ulenspiegel brammte nachts vom Zirkus durch. Er lief in die Stadt, direkt vors Rathaus. Da schlüpfte der Till aus der Sämenhaut heraus, die Haut hing er dem Bürgermeister von Sigtshude über die Rathausfüße. Nun möge der Herr Bürgermeister mal König der Tiere sein!

Tills Zeit war um: Er machte einen gewaltigen Sprung, dann stand er an seinem Grabe zu Rölln, zu Rölln in Hoffstein. Till wollte wieder schlafen. Da kam ein schönes Mädchen ans Grab des Till, die hatte ein sonniges Antlitz, sie war die unsterbliche Annun, eine Tochter des Königs Majarion, das schöne Mädchen war eine Prinzessin Mufe, sie hieß Euterpe. Und das Mädchen trug Rosen, rote und schwarze und goldene Rosen, diese Rosen warf das schöne schlanke Mädchen ins Grab des Till. Baldend sprang der Till Ulenspiegel den Rosen nach, diesmal lag er richtig, den Kopf auf den Schultern, und dann auf Rosen gebettet!

Das war die dritte Bestattung des Kollegen Till Ulenspiegel, das war der Ausklang seiner letzten Erscheinung.

Kump! Die Grabesplatte springt mit schweren Steinfüßen auf die Gruft, wir lesen: Hier ruht Deutschlands größter Narr. Gestorben um 1413 und 1925 und Anno Rymial. Am Grabe des Till aber meinte die sonnige Mufe, die Euterpe, das schöne schlanke Mädchen, ihr Kirschmumund haucht: Der hier war ein Dichter! Der verdichtete das närrische Leben zu närrischem Worte! Er ging den Klugen über die Köpfe!

Und Diederle und Bohnenstange beschworen die Worte der Euterpe.

Deutschnationale Pleite in Mecklenburg.



All untre Kraft ist nun verlan,
Schweiß dringt uns aus den Poren.
Der Bauer hebt zu streifen an,
Da sind wir bald verloren.
Die Neuwahl macht Pein!
Es kam Brandenstein
Zusamt Schwarzweihrot
Gar schwer in die Not
Und hat sich arg blamoren!

Revolutionär und Scharfrichter.

Von Dr. Rudolf Lautenbach.

Revolutionäre sind den jeweiligen Diktatoren einer ihnen vortheilhaftesten Staats- und Gesellschaftsordnung stets recht hoffenswerte Erscheinungen, auf die sie mit besonderer Vorliebe von jeder den Ausbruch Bluthunde angewandt haben; dagegen wollen sie auf den Scharfrichter, der in ihrem Auftrag Menschenblut vergießt, nimmermehr verzichten, und er gilt ihnen als ehrbare Stütze ihres Staates.

Im Hinblick auf solche Widersprüche ist es nicht ohne Interesse und Reiz, zu erfahren, wie einer jener größten und edelsten Revolutionäre, den ein urteilloses Spießbürgertum gleichwohl zu den „Bluthunden“ und „Schredensmännern“ rechnete, über den Scharfrichter gedacht und empfunden hat, Camille Desmoulin. Dieser von reinstem Idealismus getriebene, begeisterte und kühne Befürworter der Menschenrechte war von dem Scharfrichter Samson gerichtlich belangt, weil er ihn öffentlich „Henker“ genannt hatte.

Auf die Anklage wegen Ehrenkränkung erwiderte der Revolutionär dem Scharfrichter in seinem Journal: „Du bist undankbar gegen mich, Samson. Ich konnte glauben, das eigene Bewußtsein der Verworfenheit meines Handwerks würde dir verbieten, die Augen zu einem christlichen Mann zu erheben. Du bist mir Dank schuldig, daß ich dich in dem Prospekt meiner Zeitung den Repräsentanten der ausübenden Gewalt nannte. . . . Zum Dank dafür — eine gerichtliche Herausforderung, abgelehnt in den schamlosesten Ausdrücken! Ich werde mich nicht so tief erniedrigen und mich mit Samson messen; aber weil du ein so zartfühlender Henker bist, von so feinem Ehrgefühl, will ich dir doch zeigen, was du von deinem Handwerk eigentlich zu halten hast.“ Desmoulin kommt dann in seiner Verteidigung auf ein Erlebnis seines Vaters zurück, der in amtlicher Eigenschaft einer Hinrichtung beimohnen mußte, bei welcher die Delinquenten bereits aufs Rad geschmalt waren, als der schamlose Henker 200 Franken Zulage für die Exekution forderte. Um die Todesangst der Unglücklichen nicht zu verlängern, ließ der Vater Desmoulin den Henker nicht einsperren, wie es sein Recht gewesen wäre, sondern er ließ den verlangten Mehrbetrag ausschütten, den er hinterher auch aus der eigenen Tasche ersetzte, um einen Prozeß gegen den expressivsten Scharfrichter zu vermeiden. „Ich habe keine 1000 Taler zu verlieren“, fährt Camille Desmoulin dann fort, „um einem Prozeß auszuweichen, den mir der Henker an den Hals wirft. Ich kann es dem Henker nicht wehren, wenn er mich vor Gericht laden will; aber ich habe das feste Bewußtsein, doch ein Samson und seine Ankläger mich nicht bezücheln können. Mein Leben können mir die Scharken nehmen, aber meine Ehre nicht.“ Nach kurzem Hinweis auf seine Verdienste um die Sache der Freiheit sagt Desmoulin über den eigentlichen Vorwurf: „Die Klagen nenne ich Klagen, und Samson einen Henker. Wenn das ein Vergehen ist, so muß er alle Schriftsteller, alle Zeitungsschreiber, alle Bürger, jedes Volk, ja, die gesegnete Versammlung selbst anklagen. . . . Will Samson das Wort Henker aus der Sprache ausschmerzen? Was gewinnt er dabei, wenn man ihn Scharfrichter nennt? Es dauert keine drei Tage, dann ist die neue Bezeichnung ebenso insam wie die alte, denn ein Wort ist nicht ehrenrührig, sondern das, was es ausdrückt. Geh' in dich, Samson, und fühle die ganze Gemeinheit deines Gewerbes!“ Desmoulin erklärt ferner, daß

vor der Revolution das Henkamt gewissen Familien durch die Tyrannei der Geseze aufgezwungen worden und erblich gewesen sei, so auch den Samsons. „Über heute“, fährt der Revolutionär emrüttelt fort, „da es in Frankreich keine Sklaven mehr gibt, da die Menschen frei geboren werden, da die Geseztheit nicht mehr das Recht hat, einen Menschen zum Henkamt zu verdunnen, da es Samsons freier Wille ist, wenn er sein fürchterliches Geschäft nicht aufgibt: — wenn er heute aus freier Wahl, bloß um zu leben, fortfährt, Menschen zu hängen, zu räubern und zu verbrennen, wenn er heute bloß um sündiges Geld alle natürlichen Gefühle in sich ersticht, welcher Unterschied ist dann zwischen dem H b s h e u, den mir seine Gegenwart einflößt, und dem vor dem M e u c h e l m ö r d e r, der einen Reisenden abwürgt? . . . Wer wollte nicht lieber hundertmal sterben, als dein Gewerbe treiben? Was willst du, soll ich von dir denken, du schmutzige Seele, der du dein teuflisches Amt freiwillig behältst und nun, auf ein Ehrbarkeitspatent gestützt, noch gar Achtung und Rücksichten verlangst? Und wie mir, so geh's dem Volke. Mit dem Finger deutest's auf den Henker; und hättest du hundert Patente, du bleibst doch ein Ungeheuer. Ein Mensch, der, wie du, um Geldes willen dem Abscheu und der allgemeinen Verwünschung Hohn bietet, ein freiwilliger Henker, entehrt unsere Nation, und wir dürfen ein solches Scheusal nicht länger unter uns dulden. Zieh' fort von uns, zu den Barbaren, wo man deine verfluchte Arbeit kauft, und wo deine Infamie Geld gilt!“

Im Gerichtsverfahren wurde Camille Desmoulin freigesprochen. Jedoch knapp drei Jahre danach hatte derselbe Henker Samson die stuchwürdige Gemüthung, auch diesen edlen Freiheitskämpfer zu guillotiniieren.

Auch im neuen Deutschland walteten noch immer Scharfrichter ihres schaurigen Amtes. Die Forderung der Revolutionäre auf Abschaffung der Todesstrafe hat sich nicht durchsetzen lassen, obwohl es für die sogenannte Sühne einer Bluttat durch eine andere überhaupt keine Rechtfertigung geben kann. Die Abschreckungstheorie wird durch die Tatsachen widerlegt. Und die Hinrichtung eines einzigen Unschuldigen sollte wahrhaftig genügen, um diese Barbarei aus einem modernen Rechtsstaate endlich zu verbannen. Auf die Kosten, die etwa durch die lebenslängliche Zuchthausstrafe der jetzt Hinzurichtenden entstehen, kommt es in einem Lande, in dem noch viele Fürsten schmarnochen, wirklich nicht an; ganz abgesehen davon, daß der Kostenpunkt in Frage der Gerechtigkeit und Moral überhaupt nicht in Betracht kommen darf.

Augendiagnose oder Kurpfuscherei?

Schon vor über einem Jahrhundert tauchte die Hypothese auf, daß das menschliche Auge sämtliche Krankheiten des Organismus angeize. Man baute auf dieser Grundlage eine ganz eigenartig formulirte „Augendiagnose“ auf, die eine Zeitlang sogar eine ganze Reihe ernsthafter Anhänger fand. Die Medizin der neunziger Jahre verworft diese Theorie dann gänzlich, und so wurde sie, wie dies immer in solchen Fällen geschieht, Gemeingut der Laienärzte und Kurpfuscher. Erst in den allerletzten Jahren beschäftigte sich die akademische Medizin neuerdings mit diesem zweifellos hochinteressanten Thema, kam aber neuerlich nur zu negativen Resultaten.

Es erhebt sich nun die Frage: Ist denn mit der Irisdiagnose wirklich gar nichts anzufangen oder ist „vielleicht doch etwas daran“? So fragt in der „Anschau“ der Augenarzt Dr. Frese. Der von den Augendiagnostikern der Schulmedizin gemachte Vorwurf, daß sie die Irisdiagnose verwerfe, ohne sie nachgeprüft zu haben, ist unbegründet; zahlreiche Untersuchungen haben ein völlig negatives Ergebnis gehabt, und weshalb soll man eine „Methode“, die bei jedem Versuch versagte, immer wieder nachprüfen? Warum zeigen die Augendiagnostiker nicht an Kranken mit unbeeinträchtigter Diagnose (Verlust von Arm oder Bein, operierten Magenkreben, schweren Lungentuberkulosen usw.) ihre Kunst? Aufforderungen dazu werden fast stets abgelehnt. Kürzlich nun erbat sich der „berühmte Irisdiagnost“ Käler in Kolen (Württemberg) im Anschluß an einen Vortrag über Augendiagnose, im Krankenhaus vor Valenzgenen Diagnosen zu stellen. Die Kranken wurden ihm hinter einem Schirm gezeigt, der nur einen Ausschnitt für die Augen freiließ; die Diagnosen waren zu 100 Prozent falsch, so daß nach acht solchen Versuchen von beiden Seiten auf weitere Vorführung verzichtet wurde.

Aber selbst angenommen, man könnte an der Regenbogenhaut erkennen, „die Leber ist krank“ oder „das Gehirn ist krank“, so wäre man doch noch genau so klug wie vorher, da die Leber, das Gehirn usw. von verschiedensten Krankheiten befallen werden können, die alle ganz verschiedener Behandlung bedürfen. Zu praktischen Zwecken ihrer Kunst sind also die Augendiagnostiker nicht zu bewegen, um so mehr lassen sie es sich angelegen sein, mit theoretischen Vorträgen Anhänger zu werben. Aber auch all die theoretischen Beweise für ihre Lehre können nur ganz Uneingeweihte beeinflussen. So lagen sie zum Beispiel: Die Regenbogenhaut (Regenbogenhaut) sei immer tief stahlblau bis grauwarz und zeige wenig oder gar keine Grübchen und Bälkchen (Relief); deshalb müsse die Regenbogenhaut eines von Krankheiten unberührten Menschen blau sein und dürfe keine Grübchen aufweisen; die Grübchen seien Zeichen von Krankheiten und entstünden durch unrichtigen Schwund von Regenbogenhautgewebe. Das ist eine ganz verkehrte Annahme: Die eigenartige Farbe der Regenbogenhaut kommt dadurch zustande, daß das vordere Blatt der Iris, das eigentlich Irisgewebe „Aristroma“, noch so dünn ist, daß es das darunterliegende schwarze Pigmentblatt stark durchschimmern läßt. Ferner weisen die Augendiagnostiker darauf hin, daß die Verfeinertheit in Färbung und Zeichnung der menschlichen Iris so groß sei, daß man sagen könne, es gäbe nicht zwei gleiche Regenbogenhäute auf der Welt. Wie sollte man sich das erklären, da nichts in der Natur Zufall, sondern alles Gesez sei? Weil es nicht zwei Menschen mit völlig gleichem Zustand der Organe gäbe, darum gebe es auch nicht zwei gleiche Regenbogenhäute.

Als weitere „Beweise“ ihrer Lehre bringen die Augendiagnostiker gern volkstümliche Redensarten (des Auges Blau bedeutet Treue“, „das Auge ist der Seele Spiegel“ usw.), Dichtermotive, philosophische Aussprüche usw. Es sei eine allgemein bekannte Tatsache, daß es „lustige und traurige“ Augen, „Fieberaugen“ usw. gäbe. — Kein Mensch wird leugnen, daß das Auge in gewissem Sinne in der Lage ist, lustig und auch fürperlich krankhafte Zustände (Fieberaugen) zu verraten, und auch erfahrener Arzt wird diese Sprache der Augen für seine Beurteilung eines Krankheitszustandes unbeachtet lassen. Trotzdem aber ist es nachgewiesen, daß der Ausdruck selbst in seinem Aussehen durch keinen Körper- oder Seelenzustand verändert werden kann, sondern daß die erwähnte Sprache der Augen lediglich durch die das Auge umgebende mimische Muskulatur, seine größere oder kleinere Pupille, größere Lebhaftigkeit der Augenbewegungen usw. zustande kommt. Böllig widerfährig und rein aus der Luft gegriffen bleibt die Lehre von der Einwirkung der Regenbogenhaut in „Reaktionsfelder“ für die einzelnen Organe, ein Hirngebiet unfruchtbar Phantasien, das mit Wissenschaft auch nicht das geringste zu tun hat und das bei jeder ersten Nachprüfung vollkommen verlagte. Noch kein Mensch hat je mit dieser „Methode“ eine auch nur annähernd zuverlässige Diagnose gestellt, dagegen hat diese Methode schon unendlich viele Menschen Gesundheit und Leben gekostet.

